

VORAN

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

60 pf
NR. 18
JAN 77

LASST UNS 1977 DAFÜR KÄMPFEN:

AUSREICHENDEN LEBENSUNTERHALT FÜR ALLE!



- Arbeitsloser erschoss sich am Grab seiner Mutter
- 110 von 144 Lehrlingen sollen nach ihrer Ausbildung bei Siemens in Frankfurt entlassen werden
- Bei Röchling in Völklingen stehen 6000 Mann auf der Abschußliste
- Arbeitsloser läuft Amok - Frau und Kind erschlagen

Solche und ähnliche Schlagzeilen und Artikelüberschriften waren 1976 in der Presse zu lesen. Berichte über Selbstmorde von Arbeitslosen, Studenten und Schülern, Amokläufe und andere Tragödien haben sich im letzten Jahr abgespielt und sogar noch in wesentlich stärkerem Maße als im Krisenjahr 1975. Und das im Jahr des "Aufschwungs".

Wenn der normale Durchschnittsbürger solche Artikel liebt, wundert er sich nur. Reaktionäre sagen ganz einfach, daß solche Leute verrückt seien und daß das Ganze gar nichts zu bedeuten hat. Von wegen "nichts zu bedeuten hat". Im Gegenteil, es ist sogar sehr bezeichnend für die bestehenden Verhältnisse in der BRD und für die Situation der Mehrheit des Volkes.

Zu wenig zum Leben

Die Durchschnittsarbeitslosenzahl ging im letzten Jahr nicht wie prophezeit unter die Millionengrenze zurück. Die Preise stiegen weiter, bei einzelnen Waren wie Kartoffeln

stiegen sie sogar sehr stark. Schüler und Studenten waren von Kürzungen der Ausbildungsförderung betroffen. Knapp 10% der Gesamtbevölkerung lebt unter dem Sozialhilfesatz. Es gibt Arbeitslose, die 5-7 Mäuler in der Familie zu stopfen haben. Daß heißt also, daß diese Menschen in der Situation des zur Zeit immer öfter zitierten Sprichwortes "ZU WENIG ZUM LEBEN - ZUVIEL ZUM STERBEN" sind! Das kapitalistische Wirtschaftssystem geht über Leichen, es ist geradezu dafür geschaffen, die Menschen ins Unglück zu stürzen, sie ins Elend zu verdammen.

Ob die Kapitalisten das mit ihrer Profitgier nun erreichen wollen, ist völlig unwichtig. Die Verarmung eines großen Teiles der Bevölkerung wird zwangsläufig immer eine fester Bestandteil des kapitalistischen Sys-

tams sein. Uns kann keiner mehr einreden, daß der Kapitalismus eine gesunde Krankheit ist, weder irgendwelche bürgerliche Wirtschaftsforscher, noch Vertreter der Parteien des Kapitals, noch die bürgerliche Presse. War denn 1976 besser als 1975? Nein. Und wird 1977 besser werden als die beiden Jahre zuvor? Wohl kaum.

Und da erzählen uns verschiedene Leute, wie sogar Bundeskanzler Helmut Schmidt, daß die Krise vorbei wäre und der Aufschwung uns wieder bessere Zeiten bringen würde. Andere sagen dasselbe in ähnlicher Form und meinen, um den Aufschwung zu halten müßten wir, d.h. die Arbeiter, den Gürtel enger schnallen. Aber die Arbeiter werden kaum daran denken, sie werden nicht bereit sein, um des Profites der Unternehmer willen nachzugeben.

Das Jahr 1977 hat gleich wieder mit Erhöhung der Zigaretten- und Alkoholsteuern angefangen, die Renten werden zum ersten Mal seit 1972 nicht um 11% sondern nur um 10% erhöht.

Außerdem sollen die Rentner in Zukunft ihre Beiträge für die Krankenkasse selber bezahlen. Die Preise werden auch weiterhin steigen. Der "Graue Kreis" wird aufgehoben und damit werden in München und Hamburg die Mieten für Altbauwohnungen drastisch steigen, da die Mietpreisbindung für diese aufgehoben ist.

Aber ist es nun wirklich so schön zu wissen, daß unser Lebensstandard angegriffen wird, daß wir immer mehr zurückstecken müssen, daß es immer mehr Arbeitslose geben wird, daß es immer mehr Selbstmorde geben wird? Wollen wir das denn?

Nein, das wollen wir nicht. Wir wollen endlich ohne Angst vor dem morgigen Tag leben, wir wollen endlich ein gesichertes und geregeltes Leben haben, wir wollen nicht wegen der Profitgier einiger weniger ins Verderben gestürzt werden, wir wollen keine Armen, keine Arbeitslosen. Wir wollen die Schmach des Kapitalismus nicht mehr erdulden, wir wollen frei sein. Kommt, kämpft mit gegen die herrschende Klasse.

- Für einen garantierten Mindestlohn von 200.-DM netto für alle
- Einen garantierten Arbeitsplatz für jeden oder vollen Lohn
- einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden Schulabgänger
- Für eine genügend hohe Rente von mindestens 1200.-DM
- Für eine genügend hohe Ausbildungsförderung für jeden Schüler und Studenten
- Für eine angemessene und preisgünstige Wohnung für jeden

Machen wir es den Reichen so schwer, wie sie uns es immer machen.

VORAN ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE!

ALFRED LANG

Strauß-Freunde in der SPD

In München traten die Bürgermeister Gittel und Müller-Heydenreich aus der SPD aus, nachdem sie keine Aussicht auf eine Wiederaufstellung hatten. Kurz zuvor hatte der Münchner SPD-Unterbezirk andere Kandidaten für die Stadtratsliste benannt. Sie wollen nun bei den Kommunalwahlen 1978 als "Bürgerblock" kandidieren. Als Begründung für ihren Austritt gaben sie den Linkskurs in der Münchner SPD und die "konsequent sozialistische Politik" auf marxistischer Grundlage an.

Der rechte OB Kronawitter - ebenfalls nicht mehr aufgestellt - will in der SPD bleiben, zeigt aber "Verständnis" für den Parteiaustritt seiner beiden Bürgermeister, die über die Art und Weise, wie sie "weggeputzt" wurden, verärgert sein müßten.

Was ist das für ein Verständnis - wo die Partei nur ihr Recht wahrnimmt, um ihre Kandidaten aufzustellen. Schließlich haben diese beiden Bürgermeister doch der Partei ihr Amt, Mandat und ihr hohes Einkommen zu verdanken. Weiter S.7

RENTEN IN GEFAHR

Die "Rentenaffäre" hat beträchtliches Aufsehen erregt in SPD, DGB und bürgerlicher Presse. Sie hat deutlich gemacht, was VORAN! seit Jahren immer wieder betont: Daß der kapitalistische Lauf der Wirtschaft nicht zu lenken ist und immer wieder zu Krisen führt und daß die Erringung bzw. Sicherung von sozialen Errungenschaften davon abhängig ist.

ALLEIN DIE ARBEITSLOSIGKEIT HAT 1976 DURCH BEITRAGSAUSFALL EIN LOCH VON 10 MILLIARDEN DM IN DIE KASSE DER RENTENVERSICHERUNG GERISSEN!

Millionen Rentner sollen nun für die Krise bezahlen, die sie nicht verursacht haben. Dabei gehören sie zu den niedrigsten Einkommen überhaupt.

14,5 Prozent aller Rentnerhaushalte (2,3 Millionen Personen) verfügen über ein Einkommen, das unter den Bedarfssätzen des Bundessozialhilfegesetzes liegt! 47% der Rentner und 58% der Rentnerinnen bekommen weniger als 820 DM pro Monat. Die durchschnittliche Altersrente einschließlich Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrente betrug 1976 für Angestellte 952.- DM, für Arbeiter nur 596.- DM monatlich. EIN DRITTEL ALLER RENTNER MUSS SOZIAL-HILFE IN ANSPRUCH NEHMEN.



Angesichts dieser Zahlen klingt es wie Hohn, was das Handelsblatt schrieb, nämlich daß "der Sozialstaat sich zuviel zugemutet hat" (so das Blatt wörtlich) !!!

Die heutigen Rentner haben ihr Leben lang hart gearbeitet. Sie haben ihre Altersrente auf gesicherter materieller Grundlage verdient. Die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft hat den Unternehmern jahrzehntelang Profite gebracht.

Deshalb müssen SPD und DGB jetzt dafür kämpfen, daß die Unternehmer für den Fehlbetrag aufkommen, der in der Kasse der Rentenversicherung entstanden ist. Denn schließlich haben die Unternehmer und nicht die Rentner die Krise verursacht.

Und wenn sie sich dagegen sträuben,

dann bleibt nichts anderes übrig, als ihre Betriebe zu verstaatlichen und demokratisch zu verwalten. Die Unternehmer sollen dann natürlich nur so viel an Entschädigung erhalten, wie sie den Rentnern und Sozialhilfeempfängern heute im Monat zugestehen.

In einer demokratisch geplanten Wirtschaft könnten Not, Armut und Elend für immer beseitigt werden. Die Rentner könnten so nach einem Leben voll harter Arbeit in Ruhe und sorgenfrei ihren Lebensabend genießen.

ARTIKEL ÜBER

- Lohnrunde.....S.2
- Regierungserklärung....S.3
- Faschismus.....S.4,5
- Südafrika.....S.6
- Arbeiterkontrolle.....S.6
- SPD-Gründung.....S.7
- Sozialistische Internationale.....S.7
- Umschüler in Essen.....S.8
- Jusos und Schüler.....S.8

VORAN

VORAN ! ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE

ÜBERREGIONALE MARXISTISCHE ZEITUNG
für SPD, JUSO und GEWERKSCHAFT

Erscheint seit Dezember 1973,
ab Dezember 1976 als Monatszeitung.

Redaktionsanschrift:

VORAN ! Hammesberger Str. 75

563 REMSCHEID

Kontonummer: Postscheckamt Essen
H.G. Öfinger, 170 20 - 433

Verantwortlicher Redakteur:
Hans Gerd Öfinger

Kleine Schritte

Ein Strom der Entrüstung lief am 9. Dezember 76 durch die Reihen von SPD und Gewerkschaften.

Die im Wahlkampf versprochene Erhöhung der Renten zum 1.7.76 sollte um ein halbes Jahr verschoben werden.

Der Innerparteiliche Aufstand zwang große Teile der SPD-Bundestagsfraktion zum Widerstand gegen diese Pläne. Einen Tag später meldeten die Zeitungen: Rentenerhöhungen doch zum ersten Juli! Alles schien in bester Ordnung. In Wirklichkeit aber ging es an das Mark: In Zukunft werden Renten nur noch dem Anstieg der Nettoeinkommen (nicht mehr der Bruttoeinkommen) angepaßt. Dies wird einschneidende Wirkungen auf die Geldbeutel der Rentner haben. Stehen uns doch erhebliche Kürzungen der Arbeitslöhne der aktiven Arbeiter bevor. Außerdem sollen Rentner in Zukunft Rezeptgebühren (3,50 DM) + Krankenversicherungsbeiträge bezahlen.

Die Wirtschaftskrise der letzten 2 1/2 Jahre hat alle Reformvorstellungen des Wahlprogramms von 1972 zunichte gemacht. Bereits in der 1. Ausgabe von VORAN! schrieben wir im Dezember 1973: Da aber das Durchführen des SPD - Reformprogramms von dem unkontrollierten und unkontrollierbarem Lauf der Wirtschaft abhängig gemacht worden ist, warnen wir davor, daß die 'kleinen Schritte' auch mal nach hinten getan werden können. Im Jahre 1974 oder spätestens 1975 findet ein schwerer wirtschaftlicher Rückgang statt, der alle in Angriff genommene Reformen Unmöglich zu machen droht. Leider haben wir Recht behalten.

Wir müssen fragen:
WELCHE KONTERREFORMEN STEHEN UNS NOCH BEVOR? Welche Angriffe auf soziale Errungenschaften haben wir zu erwarten, die wir uns doch durch -zig Jahre harten Kampf und mühseliger Arbeit ermöglicht haben?

Ist die Arbeitslosenversicherung so stabil, daß sie eine Jahrelange Millionenarbeitslosigkeit verkraftet-abgesehen davon, daß sie immer noch unzureichend ist?

Wo bleibt das Gesundheitswesen? Die Gerüchte über Beitragserhöhungen für die Krankenversicherungen sind nicht grundlos. Wohnungen werden immer teurer - und die Aktivität des Staates im Sozialen Wohnungsbau läßt sichtlich nach. Im Bildungsbereich sieht die Bilanz ebenfalls negativ aus. Die Kultusminister aller Parteien planen Kürzungen des Personals an den Hochschulen, die ganze Fachbereiche stilllegen werden. Das Studentenwerk bezahlt an über 30% der BAföG - Empfänger weniger Geld aus als vor einem Jahr. Dies sind nur wenige Beispiele. Die Renten waren erst der Anfang. Das Kapital wird alle Hebel in Bewegung setzen, um auch die SPD - Minister unter Druck zu setzen, Politik in ihrem Sinn zu machen. Das bedeutet: Abbau, Kürzungen, Streichungen.

Den Herren in den Chefetagen der Großkonzerne kann es nur recht sein, wenn sich unsere Parteiführung von ihnen erpressen läßt. Ihre Absicht ist klar: Sie warten, bis die Mitglieds- und Anhängerschaft enttäuscht und demoralisiert genug ist, damit sie dann ihre Vertreter in FDP in eine Koalition mit der CDU/CSU bringen und die SPD aus der Regierung entfernen können.

Es gibt nur einen Weg für unsere Partei, um dies zu verhindern: Die Verwirklichung aller dringenden anstehenden Reformen auf der Grundlage eines sozialistischen Programms, wie es von VORAN! immer wieder dargelegt wurde. Die SPD - Führung muß jetzt ein sozialistisches Programm vorlegen und dafür die Arbeiterbewegung mobilisieren. Weigert sich die FDP mitzuziehen, so muß unsere Parteiführung mit ihr brechen, durch breite Mobilisierung eine Bundestagsauflösung und Neuwahlen erzwingen und für eine absolute Mehrheit kämpfen.

Tarifrunde 77

KEIN

LOHNVERZICHT !

"Wohin man auch blickt, lauter unerfreuliche Tatsachen" schrieb die FAZ vom 29.12.76, die offensichtlich nicht die Privatkonten der Unternehmer damit meinte. "Wer regiert eigentlich in diesem Land? Die aus freien demokratischen Wahlen hervorgegangene Regierung oder die Gewerkschaften?" Die Unternehmer, die sich NIE zu "freien demokratischen Wahlen" gestellt haben und noch nicht mal eine paritätische Mitbestimmung akzeptieren konnten, jammern, weil sie Angst haben. Die einst so ruhigen deutschen Gewerkschaften, Muster im Schaufenster der Bundesrepublik, lassen es sich nicht mehr gefallen, zu Opfern aufgefordert zu werden. Bei den Lohnforderungen aus zahlreichen Betrieben wird der krasse Unterschied zwischen der Steigerung der Gewinne und der Löhne deutlich. Die Vertreterversammlung der Verwaltungsstelle Reutlingen der IG-Metall begründete ihre 12 % Forderung mit der Profitsteigerung von 20 % gegenüber einer Lohn- und Gehaltssteigerung von 6,3 % Brutto. Die Mitgliederversammlung der ÖTV beim Berufsförderungswerk (BFW) Heidelberg verlangt in der nächsten Tarifrunde 10,3 % für alle. Mindestens aber 200 DM fordert sie. Als weitere Forderung wurden 300 DM Urlaubsgeld und 75 DM für jedes Kind gestellt. Die Urlaubsdauer soll der höchsten Altersgruppe angeglichen werden.

In Frankfurt gab es Proteste gegen Entlassungen des Siemens-Werks, in Bruchsal wollten Arbeiter eine Holzfabrik solange bestreiken, bis sie ihr Weihnachtsgeld bekommen hatten. Es gab in Hamburg einen Warnstreik der Hamburger Hafen und Lagerhaus AG wegen einem miserablen Angebot von 5,5%.

Vetter, der DGB Vorsitzende, mußte die bisherige Politik des DGB in Frage stellen und die Strategie des Stillhaltens kritisieren. Zum System sagte er folgendes: "Wenn die soziale Marktwirtschaft nicht in der Lage ist, sehr bald... die Vollbeschäftigung wiederherzustellen, dann muß sich die soziale Marktwirtschaft in Frage stellen lassen..." (FAZ 29. 12.76)

30 DM ZUM LEBEN

Liebe Genossen!

Vor ca. einem Jahr, als ich meine letzte Stelle antrat, bekam ich vom Arbeitsamt eine Überbrückungsbeihilfe in Höhe von 1.000,- DM, die in monatlichen Raten zurückzahlen war.

Ich hatte diesen Arbeitsplatz aber nur 5 Wochen inne, weil der Firma nach der Zeit meine politische Einstellung nicht mehr behagte (Ich bin aktiver Gewerkschafter, Juso, SPD-Mitglied).

So konnte ich von dem zinslosen Kredit nur 440,- DM zurückzahlen, da ich nach der Kündigung nur eine Arbeitslosenhilfe von klage und schreibe 50,- DM die Woche erhalten habe! Schließlich stieg die Arbeitslosenhilfe auf 125,- DM, nachdem ich Klage beim Sozialgericht erhoben hatte. Doch jetzt will das Arbeitsamt die restlichen 560,- DM sofort zurückhaben und da ich sie nicht sofort zurückzahlen kann, ist das Arbeitsamt auf einen tollen Trick gekommen: sie ziehen nämlich einfach 70,- DM von den 125,- DM ab, natürlich ohne mich vorher zu informieren, so daß mir monatlich 220,- DM zum Leben bleiben, wovon noch die Miete bezahlt werden muß (190,-DM). Es bleiben mir also 30,- DM. LANG LEBE DER SOZIALSTAAT!

Herbert Subiak

SORGEN

Viele Arbeiter und Angestellte haben in diesem Jahr darauf verzichtet, eine Kur anzutreten oder überhaupt einen Antrag auf Genehmigung eines Kuraufenthaltes zu stellen. Als Grund dafür gab der Kurdirektor von Bad Wildungen die Sorgen vor dem Arbeitsplatz an.

In den ersten sieben Monaten des Jahres 1976 gingen in dieser Stadt die Gästezahlen um 18 Prozent zurück.

Nicht einmal eine kurze Verschnauf- und Erholungspause inmitten



Wie die "Welt" am 29.12.76 berichtete, gab es "unglaubliches Staunen" im Unternehmerlager wegen der "geballten Kritik der Gewerkschaften an der Wirtschaftspolitik und dem marktwirtschaftlichen System". Eine 'wahnsinnig gefährliche These' nannte es Sohl, der scheidende Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, wenn Vetter behauptete, mit höheren Gewinnen würden Arbeitsplätze wegrationalisiert. Ferner sagte er laut "Welt": "Ich kann mir eigentlich gar nicht vorstellen, daß Herr Vetter, mit dem ich in mehreren Aufsichtsräten zusammenarbeite und den ich persönlich sehr schätze dies so gesagt hat, weil das in völligem Widerspruch zu seinen bisherigen Äußerungen steht!..." Das geht mitten an den Lebensnerv der freien Marktwirtschaft, eine fast schon revolutionäre Tatsache. Daß die Unternehmer übertreiben ist uns nicht neu, aber es steckt ein Korn der Wahrheit darin: Kollege Vetter ist sicher von der Stimmung der Basis zu solchen Bemerkungen gebracht worden. Helmut Schmidt hat ihm sicher nicht solche "Flausen" in den Kopf gesetzt. Der DGB darf jetzt mit aller Entschlossenheit nicht nur mit der Meinung an der Basis drohen, um vielleicht die Verhandlungsbasis der Gewerkschaften günstiger zu machen. Er muß außerdem eine gründlich organisierte und breit getragene Kampagne starten, um allen Kollegen, ob Gewerkschafter oder nicht, über die Forderungen der verschiedenen Gewerkschaften aufzuklären und denen das wahre Verhältnis zwischen Profit und Lohn oder Gehalt klarzumachen. Ferner sollte jeder Streik gut koordiniert mit der ganzen Macht des DGB dahinter, entschlossen bis zur vollen Erfüllung der Forderungen durchgestanden werden. Die bürgerliche Presse gibt Äußerungen über die "parlamentarische Demokratie" und "marxistische Gewerkschaften" von sich, aber wir lesen zwischen den Zeilen: Sie haben Angst, daß sie samt ihrem System zur Kasse gebeten werden können, um für die Krise zu zahlen. Die Gewerkschaften sind entstanden (s. VORAN Nr.17), weil sie notwendig waren,

den Arbeitern nie etwas geschenkt wurde und weil sie notwendig waren, um sich überhaupt gegen ihre Macht zu verteidigen. Wieviele Reformen im Interesse der Bevölkerung kamen von den Unternehmerverbänden? Ohne ihr Geld hätten jedoch die Faschisten scheitern müssen, könnten sich ihre Vertreter wie die CSU nicht auf dicke Finanzpolster stützen. Gegen die Diffamierungen der "freien" Presse (Was passiert, wenn Unternehmer mit Anzeigenstopp im Falle der Veröffentlichung ihnen unangenehmer Artikel drohen.) muß der DGB eine Offensive einleiten. Diese Lohnrunde soll auch ein wichtiges aktuelles Thema der SPD sein - es müßte Parteikonferenzen geben, um die verschlechterte Lage der Arbeiter, Angestellten, Studenten usw., zu diskutieren. Die SPD soll hinter den Forderungen der Gewerkschaften stehen denn die Gewerkschaften kämpfen nicht nur für sich, sondern für ALLE Lohnabhängigen. Äußerungen wie die folgende, darf es doch von den Unternehmern nicht geben können: "Die These, die Gewinne von heute seien die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen sind nicht von der Wirtschaft erfunden worden, sondern ein Zitat des Bundeskanzlers," meinte Sohl. (Welt 29.12.76). Eine Reformpolitik findet nicht nur im Parlament statt, sondern höhere Löhne sind auch für die Arbeiter ein geeignetes Mittel, den Lebensstandard zu verbessern. Das wissen die Abgeordneten nur zu gut, denn sie haben ihre Gehälter drastisch erhöht. Bisher hat es nach unserem Wissen nur eine SPD-Gegenstimme gegeben, und das nur auf Landesebene. Da konnte die Presse natürlich nicht zu laut schreien, oder hat jemand schon was von dem "marxistischen Bundestag" gelesen?

G. POWELL

FAULPELZE ?

Für Hunderttausende ist die Arbeitslosigkeit wie die Pest gekommen und hat ihr Leben schlagartig verändert. Es ist schon viel über die verheerenden Auswirkungen gesagt worden, aber lassen wir einfach einmal die Zahlen sprechen. Sie wurden von der Bundesanstalt für Arbeit am 14. Dezember 1976 veröffentlicht. Die Zahl derer, die bereits ein Jahr und länger arbeitslos waren, ist von 9,6 % Ende September 1975 auf 17,9 Prozent angestiegen. Die Zahl derer, die schon mehr als zwei Jahre ohne Beschäftigung waren, ging sogar um 201 Prozent über den Stand vom September 1975 hinaus.

Im Bereich der Angestellten hatte die Arbeitslosigkeit verheerende Auswirkungen: Die Zahl der Angestellten ohne Arbeit ist gegenüber dem Vorjahr um 12,7 Prozent auf 383 300 angewachsen. Immer mehr Angestellte gehören jetzt offensichtlich zum "alten Eisen".

Auch das "Jahr der Frau" hat wenig daran geändert, daß die Frauen mit einem Anteil von 51,4 Prozent am härtesten betroffen sind - und diese Zahl läßt noch zahlreiche Hausfrauen außer Acht, die die Arbeitssuche schon längst aufgegeben haben. Zunehmend erliegen die Hochschulabsolventen auch dem gleichen "Schicksal" wie die Arbeiter und Angestellten: Ihre Arbeitslosenzahl ist um 31,3 Prozent auf 20 300 hochgeschwollen.

Düster und trostlos ist die Lage für diejenigen ohne eine Berufsausbildung: Sie machen einen Gesamt-Anteil an der Arbeitslosenzahl von 52,3 Prozent aus. Aber mehr und mehr werden selbst die am besten qualifizierten Fachkräfte von der Arbeitslosigkeit befallen.

Von den 102 600 offiziell registrierten arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren haben 22,4 Prozent überhaupt noch gar keinen Beruf ausgeübt. Nach einer Untersuchung der Bundesanstalt mußten 80 Prozent der Arbeitslosen ihre persönlichen Ausgaben einstellen und vorgesehene Anschaffungen zurückstellen. SIE GABEN IHREN EINKOMMENS-VERLUST MIT 45 PROZENT AN !

Es ist kaum zu fassen, daß diese Zahlen die Lage im Land des angeblichen ewigen Wirtschaftswunders widergeben. Die "asoziale Marktwirtschaft" zeigt ihr häßlichstes Gesicht. Die Kapitalisten sind rücksichtslos konsequent: "Schaffst Du uns keinen Profit, dann bist Du uns nichts mehr wert."

Wir wollen und müssen mit ihrer verschwenderischen Wirtschaftsordnung endgültig Schluß machen, damit die Arbeitslosen Arbeit und die Allgemeinheit die dringend gebrauchten Güter, Wohnungen und öffentlichen Einrichtungen bekommen.

OLAF MEINDL



eines langen Arbeitslebens kann man heutzutage einlegen, ohne von der Angst verfolgt zu sein, den Arbeitsplatz zu verlieren.

LINSENHOFF

"Die Großen läßt er laufen, die können sich was kaufen", dieser Kindervers - zum Nikolaustag - wurde ausgerechnet am Nikolaustag 1976 für die Herrscherin und Eigentümerin des VDO-Konzerns, Liselott Linsenhoff, zur Wirklichkeit. Das Land Hessen erließ ihr die Steuerforderung über 30 Millionen DM. Diese Forderung war entstanden, nachdem sie 1972 fast über Nacht ihren Wohnsitz in die Schweiz verlegt hatte. Die Fluchtsteuer soll nicht mehr erhoben werden, weil die Konzernherrin angeblich klare Beweise für eine Rückkehrabsicht hat. Schon im September 1975 hatte die Linsenhoff den Bundesgerichtshof dazu gebracht, zu ihren Gunsten zu entscheiden. Die Prozeßkosten trug das Finanzamt.

Man sieht - wer Geld hat, der hat hierzulande eben auch das Recht auf seiner Seite.

BUNDESREGIERUNG- WELCHER WEG?

zur Regierungserklärung

Die Regierungserklärung war ein trauriges Dokument, daß nicht einmal alle Programmpunkte des Dortmunder Parteitagess enthielt. Sie war gleichzeitig ein Staatsbegrüßnis des einst so selbstbewußten und nunmehr von der kapitalistischen Wirtschaftskrise zugrunde gerichteten Reformbestrebens der SPD-Führung. Der einzige Bereich, in dem mit einer Verbesserung gerechnet werden kann, ist eine Erhöhung des Kindergeldes für Familien mit mehreren Kindern. Helmut Schmidt selbst hat keine feste Summe in seiner Rede erwähnt, aber laut "Spiegel" vom 13.12.76 handelt es sich um eine Erhöhung von 10.- für das zweite und 30.- für jedes weitere Kind.

Steuern

In allen anderen Bereichen sollen entweder Kürzungen, "Rationalisierungen", "Abbau von Defiziten" und dergleichen vorgenommen oder im besten Falle "Untersuchungen" oder "wissenschaftliche Forschungsprojekte" gesteuert werden, um Richtlinien für die Finanzplanung auszuarbeiten.

Für die Wohlhabenden in der BRD sieht das Bild ganz anders aus. FDP und SPD einigten sich während der Verhandlungen auf eine Herabsetzung der (ohne in sehr niedrigen) Vermögenssteuer auf 0,5 bzw 0,7%. Dieses bedeutet ein Steuergeschenk an die Vermögenden von ca. 1,5 Mrd Mark! Wer das bezahlen soll? Wie gewöhnlich in erster Linie die arbeitende Bevölkerung durch Kürzungen bei den öffentlichen Einrichtungen, durch eine Erhöhung der indirekten Steuern (also Steuern, die nicht vom Lohn abgezogen werden, sondern beim Kauf von Waren oder bei Dienstleistungen bezahlt werden müssen). Sozialisten treten seit jeher für die Abschaffung der höchst ungerechten indirekten Steuern (da sie hauptsächlich von der arbeitenden Mehrheit der Bevölkerung getragen werden) und für die Abschaffung der steil ansteigenden direkten Besteuerung der Einkommen ein. Die jetzige

Mühsen im Rahmen der Gesamtwirtschaft getroffen werden. Es ist also bestenfalls eine Verschleierung des Problems durch Schmidt, wenn er auf die Zurückgebliebenheit des Bildungssystems im Süden hinweist und dadurch den Eindruck zu erwecken versucht, es ginge nur um eine Bekämpfung der CDU-Politik auf Länderebene, um Mißstände zu beseitigen. In Wirklichkeit können die SPD/FDP-regierten Länder auch nicht viel mehr für die Bildung ausgeben als ihnen zur Verfügung steht, und gerade in der Krisenzeit ist das öffentliche Einkommen aus Steuern erheblich geschrumpft. Schmidt sprach von der Notwendigkeit einer Fortsetzung der "Bereits in Herbst des letzten Jahres eingeleiteten Konsolidierung aller öffentlichen Haushalte". Diese "Konsolidierung" bedeutete in den letzten 18 Monaten nichts anderes als eine Reihe von einschneidenden Kürzungen in allen Bereichen der öffentlichen Einrichtungen: Bildung, Gesundheit, Straßenbau, öffentlicher Nahverkehr usw. Schon 1975 verringerte der Bund seine Ausgaben im Bildungsbereich um eine Milliarde Mark (!) von den ursprünglich vorgesehenen 9,5 Mrd. auf 8,5 Mrd. DM. Die Auswirkungen waren und sind schwerwiegend. "Der Widerspruch zwischen einer wachsenden Zahl arbeitsloser Lehrer und den nach wie vor bestehenden zu großen Klassen in den Schulen und dem Stundenausfall", der laut dem SPD-Wahlprogramm (Dortmund 16/17. 6.76) "aufgelöst werden" müßte (und die in der Regierungserklärung nicht einmal erwähnt wurde!) wird durch eine solche Wirtschaftspolitik nicht nur nicht "aufgelöst", sondern wird in den nächsten Jahren zu einer Bildungskatastrophe führen. Die neuesten Zahlen aus Nordrhein-Westfalen, (ein Land, das 1976 so gut wie keinen arbeitslosen Lehrer haben

hinnehmen mußten. Für Kollegen im öffentlichen Dienst ist die Regierungserklärung eher eine Kriegserklärung gegen ihren Arbeitsplatz.

Rüstung

Im Bereich der Außenpolitik bedauerte Schmidt die Unwilligkeit mancher "NATO-Partner", ihren Beitrag zur Aufstockung der konventionellen Waffen zu entrichten. Wenn dieser Bereich vernachlässigt würde - so Schmidt - so würde die Gefahr wachsen, daß dieses "Verteidigungsbündnis freier Nationen" sich gezwungen sehen würde, im 'Ernstfall' als erste zu atomaren Waffen zu greifen. Mit anderen Worten: Schmidt plädierte für ein "Wettrüsten zur Aufrechterhaltung des Friedens und Vermeidung des Krieges" (!). Wir brauchen nicht auf den nächsten Haushaltsplan zu warten, um Voraussagen zu können, daß die astronomischen Rüstungsausgaben aufrechterhalten werden. Letztes Jahr betrug sie über 30 Mrd Mark, eine Summe, die gleichzusetzen wäre mit den Gesamtausgaben in allen folgenden Bereichen: sozialer Wohnungsbau, Modernisierung von Wohnungen, Wohnungsbau, Wohngeld, Bafög, Bildung und Berufsbildung, Straßenbau und Kindergeld! Die Kapitalisten verlangen von den Arbeitern Opfer zur Bekämpfung ihrer kapitalistischen Krise und verlangen "das Beste vom Besten" (so Verteidigungsminister Leber) zur Ausrüstung ihrer Streitkräfte!

Reformen

Manche Genossen in der SPD, die Jusos sowie Wähler und Anhänger der SPD, werden sich fragen, wie es dazu gekommen ist, daß die SPD-Führung der arbeitenden Bevölkerung keine Verbesserung mehr anzubieten hat. VORAN hat nie die Meinung vertreten, daß das Ausbleiben von Reformen lediglich auf den 'bösen Willen' einiger führender Politiker oder ein 'Bremsen der FDP' (die sicherlich die Interessen des Kapitals vertritt aber in den meisten Punkten mit der rechten SPD-Führung übereinstimmt) zurückzuführen sei. Vielmehr ist die heutige SPD-Politik des "Nicht-Reformierens" auf die grundsätzliche Einstellung der Führung zum kapitalistischen System zurückzuführen. In kapitalistischen Aufschwungszeiten wird es uns nämlich immer gesagt, daß der Sozialismus eigentlich nicht mehr notwendig sei, weil der Kapitalismus doch ausreichenden Wohlstand garantiere. Kommt der Kapitalismus dann aber (zwangsläufig) in die Krise, dann heißt es: "Auf gar keinen Fall können wir jetzt vom Sozialismus reden - zuerst müssen wir mal die Krise beheben". Und so kommt es, daß wir dann alle den Gürtel enger schnallen und auf Reformen verzichten sollen. Die Durchschnittsrente beträgt 750,- im Monat. Der Durchschnittslohn beträgt 1100,- im Monat. Vielleicht sieht die Lage aus der Warte des 'hohen Hauses' in Bonn etwas rosiger aus (zumal die Herren Abgeordneten auch gerade ihr eigenes Opfer gebracht und ihre Diäten verdoppelt haben!) aber die breite organisierte Arbeiterbewegung kann sich nicht mit solchen Perspektiven zufriedengeben.

Wachstum

Der neue Bundeskanzler erklärte, daß in der BRD die Weltwirtschaftskrise in Grenzen gehalten werden konnte, und lobte dabei die Gewerkschaftsführung, die "einen nicht wegzudenkenden Beitrag geleistet" hat. (Viele Gewerkschaftskollegen werden sich inzwischen eine ganz andere Meinung über die großen Zugeständnisse ihrer Führung bei den Lohnrunden gebildet haben). Schmidt glaubt, die Zeichen stehen gut, unsere Wirtschaft weiter entwickeln zu können. Es gäbe "durchaus begründete Hoffnung, daß es morgen bei uns so gut bleiben" würde, "wie es heute bei uns ist". Seine Vorhersagen für die wirtschaftliche Entwicklung waren - der Wirklichkeit der kapitalistischen Welt zum Trotz - optimistisch. Er sehe ein Wachstum des Bruttosozialprodukts von 5-6% voraus, und das Wachstum würde die Arbeitslosigkeit verringern, die Defizite abbauen, die Steuereinnahmen

erhöhen und dadurch in allen Bereichen Verbesserungen ermöglichen. Daß aber ein solches Wachstum im Kapitalismus weder herbeizuwünschen noch einzuplanen ist, und daß die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise auf Weltenebene durch 'Pläne' der nationalen Regierungen nicht zu beseitigen ist, solange die Produktionsmittel in privaten Händen ruhen, das alles verschweigt Schmidt. Stattdessen warnt er vor einer möglichen neuen Krise und benützt als Anlaß zur Einschüchterung der Gewerkschaften, als Ausrede für die nicht erfüllten Reformversprechen und als Begründung weitere Angriffe auf den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung. Nach seiner optimistischen Prognose für die BRD-Wirtschaft sagt er: "von ausschlaggebender Bedeutung für die künftige Entwicklung unserer Wirtschaft ist allerdings auch, ob es der Weltwirtschaft gut geht oder nicht."



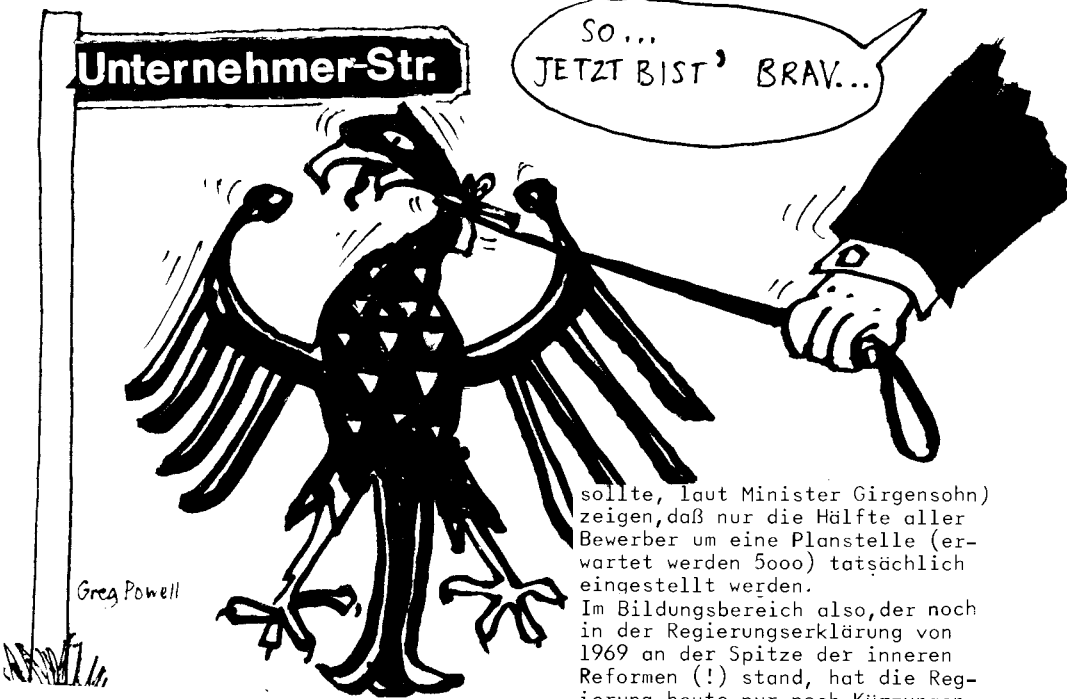
Aufschwung

... "Wenn auch für 1977 weltweit für Wirtschaft und Handel ein weiterer Aufschwung erwartet wird, so ist doch die Lage der Weltwirtschaft zu Beginn der neuen Periode des deutschen Bundestags auch immer noch durch Unsicherheit gekennzeichnet. ... "Insgesamt stellen wir zur Jahreswende 1976/77 eine leichte Verlangsamung des Aufschwungs draußen in der Welt fest." Solche - völlig richtigen - Sätze stehen jedoch im totalen Gegensatz zu Schmidts Aussage: "Im Innern halten wir fest an der Politik stetiger Reformen". Angesichts der völlig ungewissen wirtschaftlichen Lage kann kein SPD - Politiker, der die Reformen aus Wirtschaftswachstum zu finanzieren beabsichtigt, so was behaupten. Wer soll solche Reformen denn bezahlen? Alle ernsthaften bürgerlichen Wirtschaftsexperten sind einhellig der Meinung, daß die nächste Krise Ende 1977, spätestens bis Mitte 1978 kommt.

Subventionen

In der Bundestagsdebatte zur Regierungserklärung verlangten die Vertreter des Großkapitals noch höhere Subventionen für das Kapital, noch mehr an Steuerleichterungen für die Reichen. Zur Schande der SPD war Franz-Josef Strauß die Gelegenheit geboten, wenn auch auf seine normale demagogische Art - auf die ungeheure Verschwendung menschlicher Ressourcen hinzuweisen, die durch die Arbeitslosigkeit verursacht wird: laut seinen Zahlen gehen 10 Mrd. Mark durch Arbeitslosenunterstützung, 10 Mrd. DM an Steuer- und Ausgabenausfall und 20 Mrd. DM an Produktionsausfall verloren, wenn eine Million Menschen ein Jahr arbeitslos sind. Es sollte die Rolle der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften sein, diese Zahlen zu veröffentlichen und sie dazu benutzen einen Kampf gegen jede Entlassung, jede Stilllegung von Produktivkräften, jede unbenutzte Produktivkapazität zu führen, und eine massive Kampagne in der Bevölkerung gegen die Verschwendung dieses Systems und für dessen Beseitigung zu entfachen. Eine CDU/CSU-Regierung würde die Zahl der Arbeitslosen weder senken können noch senken wollen, aber die jetzige SPD-Führung war im Parlament nicht imstande, auf solche Beschuldigungen zu antworten. In dieser Situation heißt die Parole: für oder gegen die Arbeiter, für oder gegen das Kapital? Wer A sagt, muß auch B sagen, und solange unsere Partei - Führung das Weiterbestehen des Kapitalismus in der BRD akzeptiert, wird sie konsequenterweise gegen den Sozialstaat und den Lebensstandard der Millionen vorgehen müssen, auch wenn dies für die meisten Mitglieder nicht annehmbar ist. Sozialisten in der SPD - insbesondere die Jungsozialisten - sind aufgerufen sie für eine sozialistische Perspektive zu gewinnen, um die Politik der Partei zu ändern. Auf dem Wege vom Schmidt stehen uns nur noch Niederlagen bevor.

T. HOSTON
Vorsitzender der
Juso-AG Essen -
Altendorf



SPD-Führung aber, geht in ihrer Steuerpolitik in genau die entgegengesetzte Richtung. Auch bei der Gewerbesteuer sollen die Unternehmer Zugeständnisse bekommen. Diese pauschale Maßnahme wird jedoch auch wiederum weitgehend nur dem Großkapital zugute kommen und nicht so sehr den Kleinunternehmern, die von dem allesbeherrschenden Monopolkapital ohnehin schon stark an die Wand gedrückt wird.

Bildung

Im Bildungsbereich wußte Helmut Schmidt eine ganze Menge über Probleme und Mißstände zu berichten: "Das Zurückbleiben der Hauptschulen, Schulstreß, Verzögerung der Studienreform, Sorge um Ausbildungs- und Studienplätze - all dies wird mit Recht kritisiert" sagte er. Gleichzeitig tat er so, als ob diese Mißstände ausschließlich von konservativen Länderregierungen herbeigeführt würden. Es stimmt zwar, daß besonders die CDU/CSU regierten Länder eine sehr konservative Bildungspolitik betreiben und daß Bildung im Kompetenzbereich der Länderregierungen liegt; aber die Haushaltsentscheidungen der Länder

sollte, laut Minister Girgensohn) zeigen, daß nur die Hälfte aller Bewerber um eine Planstelle (erwartet werden 5000) tatsächlich eingestellt werden.

Im Bildungsbereich also, der noch in der Regierungserklärung von 1969 an der Spitze der inneren Reformen (!) stand, hat die Regierung heute nur noch Kürzungen anzubieten.

Kürzung

Trotz dieser Sparmaßnahmen, die unter anderem zu der Entlassung von zigtausend Arbeitskräften geführt haben, verschuldeten sich die Länder und die Gemeinden in einem seit dem zweiten Weltkrieg nie erlebten Ausmaß. Wir sind heute schon so weit gekommen, daß die Gemeinden z.B. ihre Investitionspläne nicht mehr verwirklichen können, weil die Einnahmen aus allen öffentlichen Einrichtungen nicht einmal ausreichen, ihre Schulden und die dazu gehörenden Zinsen an die Kreditinstitute abzuzahlen. Daher auch die ständigen Erhöhungen der Tarife für die öffentlichen Verkehrsmittel, um nur ein Beispiel zu nennen. Nicht nur im Bildungsbereich also, oder beim öffentlichen Nahverkehr sind keine Verbesserungen oder gar eine Beseitigung der "mit Recht kritisierten Mißstände" zu erwarten, sondern es soll weiterhin im öffentlichen Dienst, bei den Stadtverwaltungen und insbesondere bei Bahn und Post "eingespart" werden, obwohl die Arbeiter und Angestellten in diesem Bereich schon während der letzten zwei Jahre einen Arbeitsplatzabbau

DIE CHILENISCHE DIKTATUR, DIE SICH IMMER NOCH AN DER ARBEITERKLASSE RÄCHT FÜR DIE REFORMEN DER VOLKSFRONTREGIERUNG, HAT ZEHNTAUSENDE ABGESCHLACHTET! DIE GEHEIMPOLIZEI DINA GEHT MIT BEKANNTEN TERRORTECHNIKEN VOR: WILLKÜRVERHAFTUNGEN IN ARBEITERVIERTELN UND FOLTERUNG VON TAUSENDEN GEFANGENEN. ANDERE GREUELSTATEN WURDEN ENTHÜLLT DURCH DIE GERICHTSVERFAHREN GEGEN DIE GESTÜRZTEN GRIECHISCHEN DIKTATOREN UND DURCH BERICHTE AUS INDONESIA, IRAN, BRASILIEN UND - LAUT AMNESTY INTERNATIONAL - MINDESTENS WEITEREN 60 LÄNDERN. DIES STELLT DIE INTERNATIONALE ARBEITERBEWEGUNG VOR DIE FRAGE: WAS FÜR REGIMES SIND DAS ? WIE WEIT KANN DIE REAKTION GEHEN ? ES IST UNTER VIELEN LINKEN MODE, DAS WORT "FASCHISMUS" PAUSCHAL FÜR ALLE GEWALTHERRSCHAFTEN UND GEWALTSTATEN ZU BENUTZEN. VORAN! WIRFT NICHT LEICHTSINNIG MIT SOLCHEN WÖRTERN UM SICH - NICHT WEIL WIR PEDANTISCH SIND, SONDERN WEIL EINE ERFOLGREICHE HEILUNG VON EINER GEWISSENHAFT GENAUEN DIAGNOSE ABHÄNGIG IST.

Keine herrschende Klasse in der Gesellschaft ist jemals übermäßig zümpelnd gewesen beim Verteidigen ihrer Vorrechte. Aber Faschismus ist mehr als bloße Unterdrückung. Er ist ein besonderes Werkzeug des Kapitalismus in der Epoche seines Untergangs. Diese furchtbare Epoche von Krieg und Revolution, Massenvernichtung und Völkermord, brütete das erste Regime der Geschichte aus, das sich auf eine Gangsterbande stützte und daran ging, Betriebsräte zu ermorden, Streikfronten aufzubrechen und Arbeiterversammlungen auseinanderzujagen, Gewerkschaftsbüros in die Luft zu jagen und schließlich jede Manifestation unabhängiger Arbeiteraktivitäten zu zerschlagen. Faschismus bedeutet die Zerstörung des Keimes der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft innerhalb des Kapitalismus, eines Keimes, wie er in der Tradition der Arbeiterbewegung verkörpert wird.

HITLER UND MUSSOLINI

Mussolinis Halsabschneider wurden von den Kapitalisten bewaffnet und finanziert als Antwort auf eine Flut von Streiks und Fabrikbesetzungen. Unter Polizei - Schutz warfen die Faschisten systematisch die Arbeiterbewegung nieder. Nach dem Verrat der deutschen Revolution von 1918 wurden Hitlers Banditen zu Hilfstruppen des offiziellen Staatsapparates gemacht, die die Arbeiterklasse aufrieben und sie schließlich zerschmetterten. Hitler und Mussolini an der Spitze einer Massenbewegung und ausgestattet mit grenzenlosen militärischen und propagandistischen Mitteln, wurden für die herrschende Klasse unentbehrlich. Beide übten solche Macht aus, daß sie schließlich den Staat übernahmen und sogar die traditionellen bürgerlichen Parteien vernichteten, ohne auf irgendeinen Widerstand zu stoßen. Trotzki beschrieb, wie der Faschismus nach der Machteroberung darangeht, wie ein riesiger Polyp alle Bereiche zu erfassen: Staat, Armee, Universitäten, Schulen, Presse, Gewerkschaften und Genossenschaften. "Faschismus ist chemisch destillierter Imperialismus". Faschismus bedeutet die vollständige Zerstörung der Arbeiterorganisationen. Das Finanzkapital ist endlich vom Übel Arbeiterbewegung befreit - aber zum Preis, daß es die Kontrolle über seinen eigenen Staat verliert.

STAAT

Das ist der qualitative Unterschied zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie. Jede Staatsmaschine kann zurückgeführt werden auf "besondere Formationen bewaffneter Menschen". Selbst der demokratischste Staat ist eine Maschine aus Polizei, Armee, Richtern, Gefängnissen, Gefängniswärtern, Steuereintreibern und einer ständigen Bürokratie, die dazu bestimmt ist, den sozialen Jetzt-Zustand zu wahren.

Die Kapitalisten akzeptieren den Staat als ein notwendiges Übel, aber sie kontrollieren streng seine Machtbefugnisse. Er darf sich nicht übernehmen und nicht in ihre Rolle eingreifen. Sie wollen eine billige Regierung. Bürokratismus, Extravaganzen, Korruption, Verschwendung, Vetternwirtschaft und andere unvermeidbare Folgen der Bürokratie verbinden sich, um den Kapitalisten "ihren" Profit zu rauben. Deshalb besteht ein umfangreiches System von Kontrollen und Gleichgewichten, öffentlicher Verantwortlichkeit, Gewaltenteilung etc., welche zusammen die parlamentarische Demokratie ergeben.

In der heutigen Epoche kann der morsche Kapitalismus nur überleben, wenn er sich immer stärker auf den Staat stützt, um einen Besitz gegen seine Feinde im eigenen Land und gegen Rivalen im Ausland zu verteidigen. Für Kapitalinvestitionen muß er sterbende Unternehmen freibürgen, Forschung finanzieren, Dienstleistungen bereitstellen usw. Aber immer noch sind die Kapitalisten beunruhigt über das Wachsen ihres Monsters Staat und rufen nach der Beschneidung der Bürokratie.

Ein anschauliches Beispiel für die Sorgen der Kapitalisten war der amerikanische Watergate-Skandal: Ein ehrgeiziger Präsident (Nixon) hatte sich mit der Geheimpolizei verschworen, um eine konkurrierende Clique der herrschenden Klasse zu verfolgen - die Demokraten. Er hatte aus der Staatskasse Geld unterschlagen, belog den Kongreß über militärische Operationen und halste den Kapitalisten eine meuternde Armee, außerdem Unruhen im eigenen Land auf, den Haß der Kolonialvölker, ein Zahlungsfeld und einen sinkenden Dollarkurs. Schließlich zogen sie den Staat zur Rechenschaft und entließen den Präsidenten.

BONAPARTISMUS

Aber sie haben nicht immer diese Macht. Besonders in revolutionären Perioden können sich die kämpfenden Klassen so nahe das Gleichgewicht halten, daß sich der Staat über die Zwänge seiner Herren erhebt. Wenn eine niedergehende herrschende Klasse ein verfallendes Gesellschaftssystem leitet, erleidet sie eine Krise, in der ihre Autorität von allen Schichten infragegestellt wird. Sie ist altersschwach, korrupt und spaltet sich in streitende Fraktionen. In solchen Situationen kann eine disziplinierte Partei der aufsteigenden Klasse den Weg bahnen für eine neue Gesellschaft. Aber wenn sie sich nicht zur Lösung ihrer Aufgabe emporschwingen kann, bleiben die widerstreitenden Klassen am Totpunkt stecken. Die "Formationen bewaffneter Menschen" können als unabhängiger Schiedsrichter handeln, der die gegenseitig antagonistischen Parteien und Klassen gegeneinander ausspielt und zwischen ihnen balanciert, während er letzten Endes

doch die bestehenden Besitzverhältnisse verteidigt. Dies ist Bonapartismus - eine Polizei- und Militärdiktatur.

Im Niedergang des Feudalismus sahen sich die einander bekämpfenden Barone überflügelt durch den Aufstieg der absoluten Monarchie, die eine Lösung von oben aufdrängte, wobei es ihr darum ging, zwischen den Feudalisten und der aufsteigenden kapitalistischen Klasse zu balancieren. Diese königlichen Diktaturen wurden erst durch die großen bürgerlichen Revolutionen gestürzt. Die plebeischen Massen, die den Schrei nach Freiheit ernstnahmen, stießen diese Revolutionen an ihre äußerste Grenze, bis sie gegen die Klippe der objektiven Realität stießen. Bevor ihre Träume erfüllt werden konnten, hatte der Kapitalismus noch seine großen historischen Aufgaben zu lösen.

Demoralisierung breitete sich aus. Die Feudalherren waren geschlagen, aber die Massen erschöpft. Der Vorhang hob sich noch einmal für das Schauspiel der bonapartistischen Diktatur, diesmal für die Cromwells und Napoleons, die sich jetzt aber auf die Basis eines progressiven sozialen Systems stützten.



HITLER UND MUSSOLINI

STALINISMUS

In der gegenwärtigen revolutionären Periode hat sich eine proletarische Art von Bonapartismus etabliert - der Stalinismus. Die russischen Arbeiter ergriffen die Macht als Ergebnis eines weltweiten Kampfes, aber sie wurden zurückgehalten durch die Isolierung der Revolution in einer rückständigen Wirtschaft, wo der Kapitalismus unfähig gewesen war, seine eigenen klassischen Aufgaben zu lösen. Die Macht glitt aus den Händen der Sowjets (Räte), und die Bürokratie schwoll auf gewaltige Ausmaße an. Weil aber der Kapitalismus historisch überwunden war, stand die Bürokratie fortan Wache über eine verstaatlichte Industrie und zog ihre Privilegien aus der Überlegenheit der Planwirtschaft.

In den stalinistischen Staaten ist die Arbeiterherrschaft in der Personlichkeit eines "sozialistischen" Kaisers konzentriert, der von einer kriechenden Elite umgeben ist, die befreit ist von

der Rechenschaftspflicht gegenüber den Arbeitern, aber vorgibt, deren Interessen zu dienen.

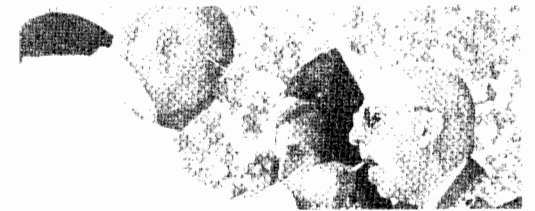
KOLONIALE WELT

In der kolonialen Welt existiert heute ein Vakuum. So wie die antiken Weltreiche der Römer und Griechen, so sind die Besatzungsmächte des Imperialismus zurückgeschlagen worden. Der nationale Kapitalismus ist dort aber zu schwach, um die Zügel in die Hand zu nehmen. Die beiden Kolonialen Prunkstücke parlamentarischer Demokratie - Nigeria und Indien - sind Diktaturen zum Opfer gefallen. Wie überall ist die Landbevölkerung zurückständig und zersplittert, um die Gesellschaft aus ihrer Sackgasse herauszuführen. Gleichzeitig wird die einzige Klasse mit Zukunft - die Arbeiterklasse - durch ihre Führung, die fälschlicherweise nach "progressiven" Verbündeten unter der Kapitalistenklasse sucht, daran gehindert, ihre historische Aufgabe zu erfüllen. Unerträgliche soziale Spannungen reichen dem Militär die rechte Hand. Die hungerleidenden Massen bleiben stumme Zuschauer im Bandenkrieg ehrgeiziger rivalisierender Offiziere, die vor dem Hintergrund eines wachsenden Krise einen Putsch nach dem anderen inszenieren.

Für ihren eigenen Schutz haben sich die herrschenden Offiziere auf ihrer Suche nach einer stabilen Basis manchmal auf die Arbeiter und armen Bauern gestützt, um dem Kapitalismus einen Schlag zu versetzen. In manchen Fällen hat die unbarmherzige Logik der Ereignisse eine Kettenreaktion ausgelöst, die zur Mobi-

FASCHISMUS

Der Faschismus faßt Fuß im Kleinbürgertum, das vom Großkapital ausgequetscht wird; im Bauerntum, das von den Banken geschöpft wird; bei den Intellektuellen, die die parlamentarische Heuchelei satt haben; bei ehemaligen Armeangehörigen, die der Armut preisgegeben sind; bei arbeitslosen Jugendlichen, die nach einem Ventil für ihre aufgestaute Energie suchen; bei Fürsorgeempfängern, Schiebern, Erpressern... Aus diesem Rohmaterial, verführt durch radikale Demagogie gegen die Großkonzerne, magische Beschwörung nationalen Ruhms, rassistisches Gift etc. formt er einen Rammbock aus Menschen. Diese Schichten sind normalerweise die natürlichen Verbündeten der Arbeiter. Unter dem Kapitalismus sind sie dem Untergang geweiht. In ihrer hoffnungslosen Lage schauen sie instinktiv zuerst zur Arbeiterbewegung als der natürlichen Kraft, die eine Veränderung herbeiführen kann. Wenn eine konservative Arbeiterführung nicht handelt, verfallen sie in Verzweiflung und rennen



DER POLYP UNTERWIRFT SICH DEN GANZEN STAAT

FASCHISMUS UND BONAPARTISMUS



MUSSOLINIS FASCHISTISCHES EMBLEM

faschistischen Abenteurern in die Arme. Sie besitzen nicht die tief verwurzelte Loyalität der Arbeiter zu ihrer Bewegung und deshalb kann ihre ganze Unzufriedenheit von der herrschenden Klasse ausgebeutet werden. Zuerst haben immer die Arbeiterparteien die Chance, sie zu gewinnen.

In Rußland gelang es 1917 einer kleinen Arbeiterklasse mit einer revolutionären Führung hinter sich Millionen kleiner Bauern zu vereinen. Im Gegensatz dazu brachte die deutsche Revolution 1918 eine "verantwortungsbewußte" Führung an die Macht. Diese benutzte als Vorwand, die Mittelschichten mußten durch Zugeständnisse beschwichtigt werden, um sich dann den Vorurteilen dieser Schichten anzupassen. Das Ergebnis war, daß das Kleinbürgertum sich in Raserei um die nazistischen Sturmtruppen sammelte, die wenigstens so aussahen, als ob sie sich daran machten, die schreienden Probleme zu lösen. Die stärkste Arbeiterklasse Europas wurde versklavt. Hitler siegte, ohne daß eine Fensterscheibe zerbrach.

Den Kapitalisten ist billige Arbeitskraft sichergestellt, aber sie zahlen einen hohen Preis, wenn sie die Kontrolle an eine habgierige und wahnsinnige Clique übergeben. Obwohl sie über die "Verantwortungslosigkeit" der Faschisten besorgt sind, sind sie ohnmächtig und unfähig, einzugreifen. Die Kapitalisten bevorzugen die Generäle, mit denen sie verbunden sind durch Verwandtschaft, Heirat, Erziehungs- und Schulwesen, Clubs etc. Aber trotz aller Geschenke an die Generäle können diese nicht die gleiche Begeisterung entzünden und denselben Massenzulauf finden wie die Pöbel-Demagogen des Faschismus.

Im Extremfall versuchen die Kapitalisten die Generäle zu gebrauchen, um die Macht wieder für sie zurückzuerringen. Sie hatten damit Erfolg, Mussolini 1943 durch Marschall Badoglio zu ersetzen. Dieser hatte den Auftrag, vor den Alliierten zu kapitulieren. Ebenso war es mit der Verschwörung 1944 in Deutschland - sie entstand nicht, weil Rommels "Eisernes Kreuz" ein Herz aus Gold verbarg, sondern wegen der bloßen Kassenberechnung der deutschen Kapitalisten, daß Hitler ihren Reichtum gefährdete.

POLITISCHER KREISLAUF

Der Faschismus kann nicht wie eine Glühbirne an- und ausgeschaltet werden. Wie Trotzki erklärte, ist er das letzte Stadium eines besonderen politischen Kreislaufs, der aus folgenden Abschnitten zusammengesetzt ist: "Eine sehr akute Krise der kapitalistischen Gesellschaft; wachsende Radikalisierung der Arbeiterklasse, wachsende Sympathie für die Arbeiter und die Sehnsucht nach Veränderung beim ländlichen und städtischen Kleinbürgertum; extreme Verwirrung der Großbourgeoisie; ihre feigen und betrügerischen Manöver, um den revolutionären Höhepunkt abzuwenden; die Erschöpfung des Proletariats und seine wachsende Verwirrung und Gleichgültigkeit; Zuspitzung der gesellschaftlichen Krise, Verzweiflung des Kleinbürgertums und seine

Massenneurose; seine Bereitschaft, an Wunder zu glauben, gewaltsame Mittel anzuwenden, seine wachsende Feindseligkeit gegenüber dem Proletariat, das seine Hoffnungen enttäuscht hat".

Nach seinem Sieg verliert der Faschismus allmählich seine Massenbasis, sobald die Mittelschichten sehen, daß die Monopole blühen wie niemals zuvor. Aber dann ist es schon zu spät. Der faschistische Apparat von Spitzeln, Spionen, Informanten, Sadisten, SA, SS, und KZs ist schon aufgebaut. Jeder Widerstand ist gebrochen. Das Regime entartet zu einem bonapartistischen Polizeistaat, der nur noch wegen der Schlawfrheit überlebt, die der katastrophalen Niederlage folgt.

Es ist charakteristisch für den Faschismus, daß die historische Erinnerung der Arbeiterklasse fast ausgelöscht wird. Es dauert eine Generation oder länger, bis die Arbeiter den Klassenkampf wieder aufnehmen, Untergrundgewerkschaften errichten und die Idee des Sozialismus neu entdecken. So erklärt sich die Langlebigkeit des Faschismus in Spanien und Portugal, wo sein Zusammenbruch nicht durch fremde militärische Besatzung beschleunigt wurde wie in Deutschland und Italien.

SPANIEN

Spanien ist seit Jahren kein faschistischer Staat mehr. Es ist zu einem baufälligen, korrupten Polizeistaat entartet. Offiziere, Priester, Ladenbesitzer, Ärzte, Bauern und Studenten, alle haben Franco im Stich gelassen; die Kapitalisten versuchten zwar, den alten Diktator zu überreden, daß er sich höflich zurückzieht; aber rechthaberisch bis zum Ende, weigerte er sich wochenlang, zu sterben. Schon jahrelang vorher hatte ein Teil der herrschenden Klasse immer wieder versucht, Reformen von oben durchzusetzen,



MASSENHYSTERIE DES KLEINBURGERTUMS

WIE WEIT KANN DIE REAKTION GEHEN?

um die Revolution von unten zu verhindern Franco spielte den bonapartistischen Vermittler über den Fraktionen. Er versuchte sie gegeneinander auszuspielen, um seine eigene wacklige Herrschaft zu retten.

Seit seinem Tode nimmt Juan Carlos seine Stellung ein. Er wird als König aufgebaut, der mit all den klassischen Mitteln eines Bonaparte ausgestattet ist: Nach dem kürzlich verabschiedeten Referendum kann er jederzeit das Parlament auflösen, Neuwahlen ausschreiben oder zu jeder Frage eine Volksabstimmung herbeiführen. (Übrigens vertragen sich solche "Volksabstimmungen" - wie die Geschichte beweist - sehr gut mit bonapartistischen Diktaturen)

Nach dem Zusammenbruch der Reaktion in Portugal, Griechenland und jetzt in Spanien stellt sich die Frage: Welche Aussicht haben heute noch die kleinen faschistischen Gruppen, die verbitterten menschlichen Wracks zu gewinnen, die unser System laufend produziert?

Italien hat gezeigt, daß sie sich allgemein entgegenkommen und Zusammenarbeit mit allen Staatsorganen von oben bis unten erfreuen. Sie haben in den letzten Jahren Arbeitertreffen bombardiert, Gewerkschaftler umgebracht und verprügelt - genauso wie 1920.

Aber die Kapitalisten haben nicht mehr die Absicht, ihnen die volle Macht zu übergeben. Sie erhalten sie nur als eine Hilfstruppe und Reservewaffe aufrecht. Die MSI (italienische Neofaschisten), wie die "Patria y Libertad" in Chile vor dem Putsch, erhebt keinen Anspruch auf die Staatsmacht. Ihre Bestrebung ist es, Panik zu verbreiten, um so den Mittelstand zur Unterstützung einer autoritären Militärregierung zu treiben.

Der Mittelstand ist wie ein Wettermann, der die Richtung der Gesellschaft anzeigt. Er folgt immer der stärksten Kraft. Die Arbeiter werden viele Niederlagen erleiden müssen, bevor die Reaktion triumphieren kann. Dies zeigt die Periode der 20er und 30er Jahre in Deutschland ganz deutlich.

Selbst eine Militärdiktatur braucht mindestens einige passive Unterstützung. Diese Frage wurde anfangs 1974 in "The Times" aufgeworfen. Konfrontiert mit dem Bergarbeiterstreik, der Wahnne der Lage der Konservativen, der Labour-Minderheitsregierung, den Schwierigkeiten in Nordirland und den chilenischen Putsch frisch in ihrer Erinnerung, debattierte die britische herrschende Klasse ernsthaft die Durchführbarkeit eines "Britischen Putsches". Zunächst argumentierte ein Kriegsstratege, daß die Armee einfach übernommen werden könnte. Als Antwort erinnerte ein Professor der Sussex-Universität - und solche Leute werden bezahlt, die Politik der herrschenden Klasse an die Leine zu nehmen und zu maßigen - daß logistische Erwägungen nicht genug sind und daß Kornilows Putsch im Juli 1917 den bolschewistischen Aufstand provozierte, daß General Kapp nach Berlin einmarschierte, um von einem Generalstreik begrüßt zu werden und nicht einmal einen Schreiber finden konnte, um seine "Verordnungen" zu protokollieren. Die Diskussion wurde beendet mit einem Artikel, in dem erklärt wurde, daß ein Putsch in Großbritannien eine lange Periode von Kämpfen vorausgehen würde, in der die Armee gerufen würde, um die Polizei bei der Bekämpfung von Massendemonstrationen, Aufständen etc. zu unterstützen.

Der Generalstab mußte rechtzeitig bei Kabinettsitzungen vertreten sein, um seine politische Ansicht darzulegen, und schließlich würde das Militär seine Geduld mit den parlamentarischen Spitzfindigkeiten der Politiker verlieren und würde sie beiseitefegen. Dies ist in der Tat der Ursprung der meisten Militärregimes.

GRIECHENLAND

Was passiert, wenn das Militär die Macht übernimmt, ohne sich vorher eine soziale Grundlage zu schaffen, wurde deutlich gezeigt in Griechenland Mitte der 60er Jahre wütete eine Verfassungskrise wegen der rabiaten reaktionären Offiziere in der Armeespitze, die im Bürgerkrieg Blut vergossen hatten und damals entlarvt wurden, daß sie die Wahlen von 1961 manipuliert hatten.

Die Monarchie zeigte deutlich ihre Funktion als Reservestellung gegen die Möglichkeit, daß eine gewählte Regierung versuchen könnte, in den Staatsaufbau einzugreifen. Sie überrollte die Regierungseinrichtungen, spaltete die regierende Partei und entließ schließlich den Premierminister. Die griechische Monarchie wurde geformt durch den englischen Kapitalismus und die beiden königlichen Familien sind durch eine Ehe miteinander verbunden.



DIE GRIECHISCHEN EX-DIKTATOREN GIZIKIS, PAPADOPOULOS, IOANNIDIS

Daß eine ähnliche Taktik angewandt werden könnte, um die Labour Party im britischen Parlament zu spalten, liegt nicht allzu fern.

Als sich Neuwahlen abzeichneten, bei denen die Liberale Zentrums-Union im Bündnis mit der EDA (KP) gewinnen würde, setzte der König und die royalistischen Offiziere die NATO-Reservepläne in Gang für einen Putsch. Da sie wußten, daß eine Putschregierung nicht mit den grundlegenden wirtschaftlichen Problemen fertig werden könnte, planten

sie, später einen Pöbelhaufen aufzuputtschen, um dann die Rolle von "Patrioten" zu spielen und diese Regierung beiseite zu werfen. Die Obristen kamen ihnen jedoch zuvor. Diese bemächtigten sich der Herrschaft kurz vor den Wahlen, geführt von Papadopoulos, Hauptverschwörer im Komplott 1961 und Spitzenverbindungsoffizier mit dem CIA, der 300 Agenten in Griechenland hatte.

Warum bekämpften solche unentwegten Konterrevolutionäre wie König Konstantin, Karamanlis, Conellopoulos, Helena, Veachou die Militärjunta?



PINOCHET, SCHLÄCHTER DER CHILENISCHEN ARBEITER

Sie sind nicht über Nacht zu Demokraten geworden. Aber als kapitalistische Strategen haben sie einen breiteren geschichtlichen Horizont. Sie waren verärgert über die ungehörliche Eile der Obristen, die als erste Amtsanhandlung lange Haare und Miniröcke verboten. Sie erkannten, daß die Gesellschaft zu verwickelt ist, als daß sie von gestiefelten Hauptfeldwebeln erstürmt werden könnte, die mit den Füßen stampfen und das Kommando "Still gestanden!" brüllen. Die größte Brutalität der Diktatoren, die die Arbeiter kurzfristig verstummen ließ, verhinderte nicht einen Linksruck ganz Griechenlands.

LINKSRUCK

Die folgenden sieben instabilen Jahre der Junta bewiesen, wie recht sie hatten. Griechenland taumelte von einer Krise zur anderen. Weit davon entfernt, die Arbeiter zu zähmen, mußte die Junta fieberhaft Banknoten aus der Druckpresse jagen, um die Arbeiter zu beruhigen. Im Februar 1973 wurden Demonstrationen gegen die Junta abgehalten. Im Juli war eine Marinemeuterei, die Papadopoulos zu einem demagogischen Angriff gegen den königlichen Playboy zwang, ihn die Republik ausrufen ließ und ihn dazu zwang, freie Wahlen innerhalb eines Jahres zu versprechen.

Im November war eine offene Schlacht um die Athener Technische Hochschule, in der Dutzende unbewaffneter Jugendlicher erschossen und Tausend verletzt wurden. Der verhaßte Polizeichef Ioanidis stand Papadopoulos zur Seite und widerrief die Wahlen. Wie bei der spanischen Polizei heute, bestimmte ihr Handeln nicht der Glaube an ein Ideal, sondern pure Ratpanik. Aber sogar die Obristendiktatur mußte irgendeine Unterstützung suchen: Daher das militärische Abenteuer auf Zypern. Anstatt den Ruhm über die gelungene "Vereinigung" mit Zypern einzuhäuseln, fand sich das Regime in einen Krieg mit der Türkei verwickelt. Das schändliche Ende der Junta zeigt ihre ganze Instabilität. Ioanidis Marionettenminister warteten nicht einmal ab, ihren Rücktritt einzureichen, sondern packten sofort die Koffer und flüchteten. Alles was die Junta bewirkte, war, Griechenland einen gewaltigen Stoß nach links zu versetzen.

IST CHILE FASCHISTISCH?

Im Gegensatz dazu bereiteten die chilenischen Generale vorsichtig den Boden für ihren Putsch vor, indem sie die herrschenden Klassen von Chile und den USA um Rat fragten. Als General Vaux kurz vor den Wahlen 1970 versuchte, einen Putsch zu starten, riet ihm das amerikanische Außenministerium, abzuwarten. Allende regierte dann 3 Jahre lang über Chile. Die Verstaatlichung von bedeutenden Sektoren der Wirtschaft und die Durchführung von Reformen nagten an der Lebenskraft des Kapitalismus. Die Kapitalisten schmiedeten ihren Racheplan. Sie hatten von Allende das heilige Versprechen erzwungen, daß er sich nicht an ihrem Staat, der Armee und der Richterschaft oder ihrer Presse vergreifen würde.

So konnten sie es sich leisten, den richtigen Augenblick abzuwarten, während der CIA und die "Patria y Libertad" die Wirtschaft sabotierten. Allende wagte es nicht, mit sozialistischen Maßnahmen zu antworten. Die Reaktion führte den Mittelstand an der Nase herum im nachfolgenden Chaos. Als die Generale die Macht ergriffen, hatten sie die Duldung, wenn nicht die Sympathie der breiten Mittelschichten der Gesellschaft. Dies gab ihnen größeres Vertrauen und mehr Handlungsspielraum als ihren griechischen Kollegen, die aus Furcht vor den Arbeitern vorsichtiger sein mußten.

Ist Chile dann ein faschistischer Staat? Pinochet und seine Handlanger sind faschistischer Abschaum. Sie gelobten, "das Krebsgeschwür des Marxismus auszumerzen". Aber ebenso verhielt es sich mit Papadopoulos, der ebenfalls schwor, "Griechenland vom Kommunismus zu heilen". Er versagte kläglich! Um die einzige produktive Klasse - die Arbeiter - zu zerstören, genügt nicht der Befehl ei-

niger faschistischer Offiziere. Wenn die Inflationsrate 700 Prozent wie in Chile erreicht hat, fühlen sich die Mittelschichten betrogen. Selbst die Führung der Christdemokraten, die den Putsch begrüßt hatte, verurteilt heute das Regime.

Pinochet und seine Bande haben faschistische Bestrebungen, aber nicht die erforderliche Massenbasis, um ihr Ziel zu erreichen. Die Arbeiterbewegung ist noch nicht zerstört, sondern eher mit dem Gewehrkolben auf den Kopf geschlagen. Sie kann sich von solchen Schlägen viel schneller erholen.

Die Konterrevolution ist grausam gewesen, aber sie kam von oben herunter. Ohne ein Netz von Spitzeln und Hauswarten, das jeden Wohnblock und jede Fabrik durchdringt, kann nicht einmal das blutdürstigste Regime die Uhren um eine ganze Generation zurückstellen wie jenes von Mussolini, Salazar, Hitler oder Franco.

Schon 1967 war es vorzusehen, daß die griechische Junta nicht länger als 5-7 Jahre durchhalten würde. Das gleiche gilt für das chilenische Regime. Es mußte sich an Fabrikdirektoren wenden, damit diese spionierten und an Schuldirektoren, damit sie Schüler, Lehrer und Eltern bespitzelten. Solch einem Regime fehlt es an Leuten, die eine ganze Epoche prägen können.

PERSPEKTIVEN

Andererseits ist es mehr als ein klassisches bonapartistisches Regime. Das Gemetzel bringt die verzweifelte Lage des Kapitalismus zum Ausdruck. Dieses Regime kann es sich nicht leisten, überlegt zwischen den Klassen zu balancieren. Es ist eine bewaffnete Wachtruppe, die im Auftrag der Konzerne handelt.

Riesige Entschädigungen wurden den US-Konzernen bewilligt, die von Allende verstaatlicht wurden, und 12 Banken wurden wieder in Privathand zurückgegeben.

Die wichtigste Frage ist: Was wird die Junta bewirken können? Wie die griechische Diktatur wird sie auseinanderfallen. Aber die Massen werden nicht gleich dort anfangen, wo sie in den letzten Tagen der Allende-Regierung aufgehört haben. Damals waren die Aktivisten auf der Hut vor der drohenden Katastrophe, stellten ihre Parteiprogramme in Frage, bildeten Arbeiterräte und lagerten Waffen in ihren Fabriken. Soldaten, Matrosen und Unteroffiziere versuchten sich zu organisieren.

Aber das politische Niveau der Arbeiter wurde durch die Abschachtung so vieler Kämpfer gedrückt und ihre heutige Armut wird ihnen die Zeit Allendes ins Gedächtnis rufen als die "gute, alte Zeit". Ihre Mißerfolge werden verziehen sein.

Jene Parteien, die Schauplatz hitziger Diskussionen wurden, die flüchtigen zentristischen Parteien also - die SP, MIR, MAPU, Radikale Jugend etc. - sind zerbrochen. Die KP hält mit Hilfe der russischen und kubanischen Bürokraten eine Organisation aufrecht, und diese wird die in Aktion tretenden Arbeiter mit dem Ruf nach einer Einheit mit den Christdemokraten zurückzuhalten suchen. Faschismus ist eine Bremse der Geschichte, und schon indem die Junta versucht, ein faschistisches Programm durchzuführen, hat sie zeitweilig die organische Einheit der Arbeiter zerstört. Erst im Falle eines kleinen wirtschaftlichen Aufschwungs werden sich die Arbeiter wieder als Klasse fühlen und aus ihrer Misere eine revolutionäre Perspektive entwickeln.

Die Reaktion kann heutzutage nicht weiter gehen, als sie es in Chile getan hat. Der Nachkriegsaufschwung in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern hat die Arbeiterklasse gestärkt und die Reserven des Kapitalismus verringert wie nie zuvor in der Geschichte. Vor dem Krieg konnte die herrschende Klasse unzählige Streikbrecher aus den Reihen der Mittelklassen gewinnen. Aber jetzt sind die Bauern und kleinen Geschäftsleute weitgehend ausgelöscht; die Angestellten sind organisiert, die Studenten bewegen sich nach links. Nach 3 Jahrzehnten ohne eine ernsthafte Niederlage ist eine junge kämpferische Generation von Arbeitern herangewachsen.

Der Kapitalismus wird die nächste Periode nur überleben können, wenn er es schaffen wird, den Lebensstandard der Arbeiter enorm zu senken. In den heranahenden Klassenkämpfen wird sich die verborgene Macht der Arbeiterbewegung in revolutionäre Energie verwandeln. Die ersten Bewegungen der Arbeiter in Südeuropa haben der Reaktion bereits einen Schlag versetzt.

Die Arbeiterbewegung wird viele Gelegenheiten haben, die Gesellschaft umzuwälzen, bevor sie wieder der Reaktion zum Opfer fallen könnte. Aber die chilenische Niederlage bleibt eine düstere Warnung vor den Greueln, die der Arbeiterbewegung widerfahren werden, wenn sie es versäumt, entschieden zu handeln.

URSULA BECK
(Juso-AG Crailsheim)

SÜDAFRIKA - DIE KOMMENDE

FÜHRUNG

REVOLUTION

Kurt Pfeifle
SPD - Ortsverein
München - Freimann

VOR EINIGEN WOCHEN SPRACH DER BISHERIGE US-AUSSENMINISTER KISSINGER PLÖTZLICH FÜR EINE "SCHWARZE MEHRHEITSREGIERUNG" IN RHODESIEN AUS JAHRZEHNTLANG HATTE ER KEIN INTERESSE FÜR DIE UNTERDRÜCKTE SCHWARZEN MASSES IN DIESEM LAND GEZEIGT, IN DEM EINES DER BRUTALSTEN RASSISTENREGIMES HERRSCHT, DAS DIE GESCHICHTE JE GESEHEN HAT. WOHER DER PLÖTZLICHE UMSCHWUNG? HAT ER ETWA AUF EINMAL SEIN MILDES HERZ ENDECKT? NEIN, GANZ BESTIMMT NICHT! DER UNTERSCHIED LIEGT IN DEM INNERHALB WENIGER MONATE VERÄNDERTEN KRÄFTEVERHÄLTNIS WISCHEN DEN VERSCHIEDENEN KLASSEN UND NATIONEN, UNTERDRÜCKERN WIE NIEDERGEHALTENEN IN DIESEM ERDTEIL.

Eine der entscheidenden Ursachen der portugiesischen Revolution war der jahrzehntelange zermürbende Kolonialkrieg gegen die Befreiungsbewegungen in Angola und Mozambique. Er konnte nicht gewonnen werden. Die portugiesischen Arbeiter trugen dazu bei, daß die Kolonien letztlich das Joch der nationalen Unterdrückung abschütteln konnten. Nicht nur dies: Hand in Hand mit diesem Prozeß ging eine umfassende soziale Revolution in den Kolonien selbst.

IMPERIALISMUS

Der internationale Imperialismus versuchte in seiner Verzweiflung, alles in seiner Macht stehende, um das Rad der Weltgeschichte aufzuhalten. Vergeblich. Nach der Niederlage in Vietnam waren die USA nicht in der Lage, direkt in Angola einzugreifen. Sie drängten Südafrika dazu, die Rolle des Polizisten im Interesse des Imperialismus einzunehmen. Der Vormarsch Südafrikanischer Truppen fand bald ein Ende und mußte einem kläglichen Rückzug weichen.

Diese Ereignisse verhalfen der Guerillabewegung gegen das benachbarte Smith - Regime in Rhodesien (Zimbabwe) zu einem ungeheuren Aufschwung. Mehr noch: Seit den bekannten Juni/August

Ereignissen in Soweto ist "der alte Maulwurf Revolution" im inneren Südafrikas selbst wieder am Wühlen.

In dieser Situation versucht der internationale Imperialismus verzweifelte Manöver. Seine Strategie: das weiße Minderheitsregime Rhodesiens opfern, um Südafrika dem Zugriff kapitalistischer Ausbeutung zu erhalten. Das ist der wahre Grund von Kissingers neuer "Mission".

KISSINGER'S "MISSION"

Er versuchte für Rhodesien eine "kenianische" Lösung zu schaffen. In Kenia gelang es dem Imperialismus, vor der Erlangung der formalen Unabhängigkeit des Landes, die wirtschaftliche und politische Macht einer kleinen schwarzen Elite zuzuschieben.

Sogar das südafrikanische Regime, jahrzehntelang der Hauptverbündete Rhodesiens, stimmte dem Kissinger-Plan zu.

SOWETO

Die südafrikanische "Republik" war in den letzten Monaten Schauplatz der erbittertesten Klassenkämpfe ihrer Geschichte. Das mächtige schwarze Proletariat ist am Erwachen. Zusammenstöße schwarzer Schulkinder von Soweto mit der Polizei löste eine Streikwelle aus, die das ganze Land wochenlang erschütterte. Überall im Land folgten weitere Kämpfe - Steine gegen MPs - begleitet von riesigen Demonstrationen.

Dies waren nicht die ersten Kämpfe in der Geschichte des Landes.

Sharpeville 1960 war das letzte größere Blutbad. Darauf folgte die Reaktion der "schwarzen 60iger Jahre". Unter der anscheinend ruhigen Oberfläche der Gesellschaft entwickelten sich jedoch stetig grundlegende Veränderungen. Heute sind die Widersprüche soweit aufgebaut, daß sie sich für jedermann sichtbar Bahn brechen.

Auf der Grundlage des wirtschaftlichen Aufschwungs entwickelte sich die südafrikanische Industrie in den 60iger Jahren in einem ungeheuren Ausmaß. Das Wachstum wurde erschaffen durch die Superausbeutung des schwarzen Proletariats, das buchstäblich wie Sklaven gehalten wird - jedoch ohne deren Privilegien. Gleichzeitig jedoch stärkte der Aufschwung die schwarze Arbeiterklasse in Anzahl und Zusammenhalt. Es ist heute die stärkste des gesamten Kontinents. Von ihren Aktionen wird die Zukunft von ganz Afrika abhängen.

Die einzige soziale Stütze des Regimes - neben dem riesigen Militär- und Polizeiapparat - war während der gesamten Periode eine weiße Arbeiterklasse die gegenüber ihren schwarzen Brüdern mit enormen Privilegien ausgestattet war. **KRISE**

Das System der Rassentrennung war nach dem Prinzip "Teile und Herrsche!" wohidurchdacht. Jetzt zeigen sich die ersten Risse.

Die herrschende Klasse ist gespalten: der eine Flügel sieht seinen Ausweg nur in noch brutalerer Unterdrückung. Der andere will "liberalisieren", er will den schwarzen Arbeitern einen höheren Lebensstandard und politische Rechte zugestehen. Nichts ist jedoch in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage utopischer. Wegen der politischen Unsicherheit im Lande sind auf den Weltmärkten die Börsenkurse aller südafrikanischen Gesellschaften rapide abgesackt. Investitionen aus dem Ausland gehen zurück. Zum ersten Male kam der Staatshaushalt in rote Zahlen, weil der Goldpreis letztes Jahr auf dem Weltmarkt stark gesunken ist.

Woher also das Geld nehmen, um "Zugeständnisse" zu machen?

Die Inflation steigt weiter, wie auch die Arbeitslosigkeit. So ist die Regierung gezwungen, gleichzeitig aufzurüsten und im übrigen Haushalt einzusparen. Dies kann jedoch nur auf Kosten der weißen, privilegierten Arbeiter sein. Ihr Lebensstandard ist ebenfalls bereits am Sinken. Was für ein Absurdum: Um sich zu retten vor der sozialen Revolution, untergräbt die herrschende Klasse ihre einzige gesellschaftliche Stütze!

Schon haben sich weiße Studenten mit den Kämpfen ihrer schwarzen und farbigen Kameraden solidarisiert. Weiße Gewerkschaften nehmen erste Kontakte auf zu schwarzen Verbänden. Alle Bedingungen für eine erfolgreiche sozialistische Revolution reifen jetzt automatisch heran, bis auf eine: Eine bewußte marxistische Führung muß systematisch und geduldig aufgebaut werden. Sie muß im schwarzen Proletariat verankert sein, daß im Kampf alle anderen Bevölkerungsschicht um sich scharen kann. Bei richtiger Politik kann sie sogar große Teile der weißen Arbeiter gewinnen.

LEHREN UND PERSPEKTIVEN

Die Lehren sind klar: es gibt in Südafrika eine neue Generation von schwarzen Arbeitern, die bis zum bitteren Ende kämpfen werden, weil sie nichts zu verlieren haben.

Um im Kampf erfolgreich zu sein, brauchen sie aber ein klares politisches Programm. Die letzten 1 bis 2 Jahren haben gezeigt, daß die Ereignisse in Angola, Rhodesien, Südafrika usw. aufeinander wirken und sich gegenseitig beeinflussen. Deshalb muß auf dem Banner afrikanischer Marxisten die Lösung der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Afrika stehen. Solange jedoch die Arbeiter in den Industrieländern der Erde noch nicht die Macht erobert haben, werden gewisse Entartungen unvermeidlich sein, ähnlich wie in Angola jetzt: eine kleine Bürokratenelite kontrolliert die gesamte politische und wirtschaftliche Macht.

Ein klarer Ausweg aus dem Elend ist nur möglich, wenn die demokratischen Forderungen (Recht auf Gewerkschaften, Streikrecht, Abschaffung der Paßgesetze, Befreiung der politischen Gefangenen, Wahlrecht für alle) verknüpft sind mit sozialistischen.

Der Kapitalismus ist der Vater dieses Schreckensregimes - nur die Verstaatlichung der Industrie, Einführung einer demokratisch geplanten Wirtschaft, die unter Arbeiterkontrolle und -verwaltung steht, kann die ungeheuren Bodenschätze des Landes zum Wohle aller nutzen und eine Gesellschaft gründen in der Armut, Hunger, Seuchen und Unterdrückung zu den Fremdworten gehören.

ARBEITERKONTROLLE

Je mehr das kapitalistische System sich als unfähig erweist, die einfachsten Bedürfnisse der Menschen zu erfüllen, umso dringlicher wird es, daß die Arbeiterbewegung klare Vorstellungen über eine Alternative zu dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hat. Voran stellt als Beitrag zu dieser Diskussion immer konsequent die Forderung nach Arbeiterkontrolle und Arbeiterverwaltung auf. Wir sind voll davon überzeugt, daß die Arbeiter gemeinsam in der Lage sind, Wirtschaft und Gesellschaft tausendmal besser zu kontrollieren und zu verwalten als die profitgierigen Kapitalisten und ihre Interessenvertreter. Aber dies ist nicht nur eine Frage der Zweckmäßigkeit. Wir glauben, daß eine von den Arbeitern verwaltete Wirtschaft und Gesellschaft NOTWENDIG ist, um ein für alle mal Schluß zu machen mit Existenzangst, Not, Unterdrückung und Ausbeutung.

Krise der EG

Die Länder der "Europäischen Gemeinschaft" haben zweierlei noch gemeinsam: den Kapitalismus und seine Krise. Es ist daher verständlich, wenn die Arbeiter in den am schwersten betroffenen Gebieten und Ländern sich dann die Frage stellen, ob sie es nicht besser machen könnten als die Bosse, die ins Schwanken kommen, sobald es ein Zeichen einer Rezession gibt. Nicht durch Bücher und wirtschaftliche Gutachten, sondern am eigenen Leibe spüren die Lohnabhängigen, was es heißt, für ein System zu produzieren, das sie nicht vernünftig gestalten können, und sie schnellstens zur Kasse bittet, sollte es der "Wirtschaft" schlecht gehen.

Betriebsbesetzungen

Erfahrungen von anderen Ländern und von der deutschen Geschichte beweisen, daß die Übernahme eines Betriebes durch die Belegschaft eine Flut von Initiative, Phantasie, technischen Können und Geschicklichkeit frei entfalten läßt, die sonst durch Monotonie der Arbeitsaufgaben sowie bürokratisches Management und Entfremdung vom Arbeitsgegenstand fast völlig eingeeignet werden. Es gibt auch immer, wo eine Übernahme einer Firma stattfindet, eine Welle von Sympathie von der örtlichen Bevölkerung sowie oft von anderen Kollegen in verwandten

Industriebranchen. Selbst Unternehmer bewundern voller Neid die spontane Koordination und Ernsthaftigkeit, womit die Belegschaft die betrieblichen Aufgaben ausführt. Natürlich könnten sie nie so viel Begeisterung, Fleiß und Entschlossenheit unter der Belegschaft erwecken. Ihr System der Ausbeutung der Arbeitskräfte kann einfach nicht gleichzeitig die volle und freie Entfaltung der Arbeiter durch schöpferische Arbeit bedeuten.

Selbstverwaltung

Anders jedoch als manche Akademiker betrachten diejenigen Kollegen, die einen Betrieb in die Hand nehmen, dies nicht als Experiment, um zu sehen, ob so etwas funktioniert. Sie tun dies, weil die alten Besitzer willkürlich Arbeitskräfte "freisetzen", rationalisieren, abbauen und verlagern, und weil nur ein Betrieb in ihrer Hand ihnen Arbeitsplätze garantieren kann.

Angesichts der Krise und der darauffolgenden Arbeitslosigkeit muß eine wesentliche Forderung sein: Aufteilung aller vorhandenen Arbeit unter allen, die Arbeit brauchen, ohne Lohnverlust. Die Arbeiter suchen Arbeit, sie brauchen Arbeit. Und wenn die alten Besitzer nicht nur dieses Minimum garantieren können - Aufrechterhaltung der Arbeitsplätze -, dann sollen diese Unternehmen verstaatlicht werden, als einzige Grundlage für die geplante und durchdachte Entwicklung der Produktion im Interesse der gesamten Arbeiterklasse. Die Unternehmer schreiben ohnehin nur noch über die "viel zu großen Sozialleistungen" für die Masse der Bevölkerung - dann sollen sie eine Entschädigung erhalten nach den Maßstäben der Sozialhilfe, außer wenn sie noch arbeiten können wie jeder andere auch. Aber selbst die Verstaatlichung eines Industriebereiches wird nichts grundlegendes ändern, solange die große Mehrheit der Industrie in Privat-hand bleibt und die Kapitalisten in der Gesellschaft das Sagen haben. Viele staatliche Firmen in Europa ebenso Arbeiter wie die Privatkapitalisten. Der Arbeiter in einem Staatsbetrieb kann ebenso wenig seine Ideen und Vorschläge entfalten, wie der Kollege anderswo.

Unternehmensverflechtung

Auch die isolierten Besetzungen

der Betriebe oder Selbstverwaltung des einzelnen Betriebes, obwohl in den Augen der Belegschaft die einzige Alternative, macht nur die komplexe und totale Verflechtung der Unternehmen deutlich: die Verbindungen zu den Lieferanten, Kunden, Banken und anderen Kreditinstituten - von allen ist man abhängig. Daher wirft eine Betriebsbesetzung oder Selbstverwaltung im einzelnen Fall sofort die Frage nach gesamtwirtschaftlicher Macht und Maßnahmen auf. Volle demokratische Kontrolle durch die Betroffenen heißt unter anderem Offenlegung aller Geschäftsbücher und Schluß mit Geschäftsgeheimnissen und Absprechen der Belegschaft und anderen Firmen gegenüber. Das reicht aber alles nicht aus, wenn die ganze Wirtschaft weiter in Unternehmerhänden bleibt. Der Betrieb mußte unter kapitalistischen Bedingungen gegen kapitalistische Firmen konkurrieren - und das in einer Krise und mit einer Firma, die nur aufgegeben wurde, weil sie unter solchen kapitalistischen Bedingungen pleite ging. Oft führen solche Selbstverwaltungsversuche schnell zu einer Demokratisierung und die Idee der Arbeiterverwaltung wird dann natürlich von der bürgerlichen Presse eifrig verurteilt.

Die einzige Lösung dieses Problems liegt in der allgemeinen Kontrolle der bestimmenden Unternehmen, um die Produktion nach den Bedürfnissen der Bevölkerung zu gestalten und nicht nach den Gesichtspunkten der Aktionäre.



Würden die Betriebe jedoch nur unter der Kontrolle der Belegschaft stehen, so würde dies schnell in einen Konkurrenzkampf zwischen den Belegschaften der einzelnen Betriebe ausarten und nicht den Arbeitern des Betriebes noch den Arbeitern allgemein zugute kommen. Die einzige Alternative zur gegenwärtigen kapitalistischen Beherrschung der Wirtschaft und Gesellschaft kann daher

in einer allgemeinen Arbeiterverwaltung liegen.

Sozialistische Lösung

Am besten können die schöpferischen, außertäglichen Erfahrungen in der Produktion kommenden Fähigkeiten der Belegschaft, die Gesamtbedürfnisse aller Arbeiter und die Interessen der breiten Öffentlichkeit und der gesamtgesellschaftlichen Planung verbunden werden, wenn der Aufsichtsrat an der Spitze eines verstaatlichten Unternehmens folgendermaßen zusammengesetzt ist:

- Ein Drittel Vertreter der Belegschaft des jeweiligen Betriebes
- Ein Drittel Vertreter des DGB als Interessensvertretung der gesamten Arbeiterklasse
- Ein Drittel Vertreter der Bundesregierung als Vertreter des Staates, der die gesamte Planung und Koordination leitet

Ein solches Modell - soll es überhaupt richtig funktionieren - führt dann jedoch direkt und unmittelbar zu der Frage einer echten Arbeiterdemokratie, deren Grundsätze schon vor über Hundert Jahren von Karl Marx dargelegt wurden:

- * Mitwirkung der gesamten Bevölkerung an der Verwaltung von Staat und Wirtschaft durch Arbeitszeitsenkung und Öffnung der Bildungseinrichtung für alle
- * Durchschnittlicher Facharbeiterlohn für alle Funktionäre, Beamten, Polizisten, Delegierten und Aufsichtsratsmitglieder
- * Niemand erwirbt einen Posten auf Lebenszeit
- * Alle Funktionen werden durch demokratische Wahlen besetzt, jeder Funktionär ist abwählbar.

Bürgerliche und auch angeblich "linke" Skeptiker hatten schon immer das Vorurteil, daß nur privilegierte Beamte, Kapitalisten und Professoren fähig seien, Wirtschaft und Gesellschaft zu verwalten. Doch in einer echten sozialistischen Demokratie könnten die in der Monotonie des kapitalistischen Betriebes und von dem täglichen Kampf um Arbeitsplatz und Überlegen unterdrückten Fähigkeiten jedes einzelnen voll zur Entfaltung kommen und würden tausendmal bessere Ergebnisse erzielt werden als zu den besten Zeiten des Kapitalismus.

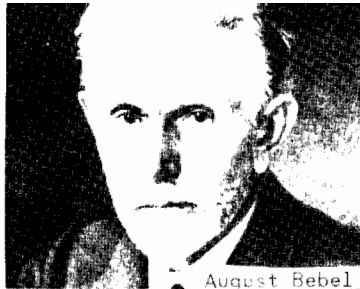
HELMUT KIPPER
IG METALL,
VERTRAUENSMANN
JUSO MITGLIED



Marxisten

(Mitglied der IG Metall, Vorstandsmitglied SPD-OV Remscheid-Süd)

gründen SPD



August Bebel

Die Situation der Arbeiter hatte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrh. trotz gewerkschaftlicher Bemühungen nicht wesentlich verbessert. Die Gewerkschaften konnten ihre Forderungen kaum durchsetzen, da sich die Situation der Arbeiter durch Lohnkämpfe alleine nicht grundsätzlich verändern kann. Daher mußte der Kampf der Arbeiterklasse auf politischer Ebene weitergeführt werden. Zu diesem Entschluß kamen Wilhelm Liebknecht und August Bebel und gründeten 1869 die Sozialdemokratische Deutsche Arbeiterpartei, in der zum ersten Mal der Begriff "sozialdemokratisch" in einem Parteinamen auftauchte.

Die SDAP, die in Eisenach gegründet wurde, verstand sich ausdrücklich als ein internationaler Bestandteil der Arbeiterbewegung, und vertrat den deutschen Zweig der IAA (Internationale Arbeiter Assotiation). Die SDAP wie auch die IAA orientierten sich am Gedankengut von Karl Marx und waren im Gegensatz zu dem von Ferdinand Lassalle geführten ADAV (Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein) streng demokratisch von unten nach oben aufgebaut und verteilten die autoritäre Organisation des ADAV.

Die Unterschiede der beiden sozialistischen Parteien traten besonders bei Tagespolitik zu Tage und wirkten auch in der heutigen SPD nach. Die heftigen Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Parteien begann unter der Einwirkung der 1873 entstehenden Weltwirtschaftskrise und der verstärkten Unterdrückung des bürgerlichen Staates nachzuzahlen. Die für die beiden Parteien schlechter werdende Situation und die stärker werdenden Forderungen aus der Mitgliedschaft und der allgemeinen Arbeiterbewegung zu einem Zusammenschluss der sozialistischen Parteien zwangen die Parteien zur Vereinigung.

Die Vereinigung fand dann auf dem Vereinigungsparteitag vom 22.-27. Mai 1875 in Gotha statt, der als offizieller Geburtstag der heutigen SPD gilt. Bei dem Gründungsparteitag hatte der lassallianische ADAV einen größeren Einfluß als die Eisenacher SDAP, was vor allem an der praktischen Politik der nächsten Jahre zu sehen war. Im allgemeinen war das dort verabschiedete Programm eine verwirrende Mischung aus dem marxistischen und dem lassallianischen Gedanken-gut, bei dem vor allem die Ideen von Marx verwässert wurden. In den folgenden Jahren bis zum Sozialistengesetz wurde größter Wert auf den Ausbau der Organisation gelegt, um die Arbeiterbewegung zu stärken.

Durch zwei Attentate auf dem herrschenden Kaiser, die der Sozialdemokratie zur Last gelegt wurde, hatte Bismarck den Vorwand zum lange geplanten "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie", das am 19.10.1878 im Reichstag verabschiedet wurde. Das Gesetz verbot alle Organisationen, welche durch "sozialdemokratische, sozialistische und kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung bezwecken oder danach diese Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklasse gefährdenden Weise zu Tage treten". Die umfassende Auslegung des Gesetzes führte zur Auflösung der Parteiorganisation und der sozialistischen Gewerkschaften sowie zum Verbot der Parteipresse. Zu Hunderten wurden die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder verhaftet und abgeurteilt oder ausgewiesen. Viele Genossen entkamen der Verhaftung nur durch Flucht ins Ausland und wirkten von dort aus weiter.

Die Arbeiterschaft reagierte auf das Sozialistengesetz mit Mißtrauen und Feindschaft gegenüber dem Staat, der ein Herrschaftsinstrument der Klasse der Unternehmender ist. Es folgte eine verstärkte Hinwendung der Arbeiterklasse zu den Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels.

Gleichzeitig prägte sich aber auch die reformistische Praxis der Sozialdemokratie aus, hauptsächlich durch die Tätigkeit der Abgeordneten im Parlament und die Tätigkeit der Gewerkschaften:

so hat die Sozialdemokratie eine Minimal- und ein Maximalprogramm. Das Minimalprogramm umfaßte perspektivlose Kleinarbeit, Zugeständnisse und Teilreformen, während bei Feiern, Konferenzen und Maikundgebungen immer wieder abtrakt über die zukünftige sozialistische Gesellschaft geredet wurde. Zwischen beiden bestand keine Verbindung, d.h. es fehlten die konkreten Vorstellungen über das Erreichen der sozialistischen Gesellschaft, es fehlten die notwendigen Verbindungen zwischen dem Kampf um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und der Eroberung der politischen Macht durch die organisierte Arbeiterbewegung.

Bei den Wahlen 1890 errang die SPD 19,7 % der Stimmen. Damit war sie die Partei mit den meisten Wählerstimmen geworden. 1912 bekam sie bereits 34,8% der Stimmen und wurde mit 110 Abgeordneten stärkste Fraktion im Reichstag.

1890 wurde das Sozialistengesetz nicht mehr verlängert. Sozialdemokraten und Gewerkschaften konnten ihre Arbeit wieder offen aufnehmen. Die Sozialdemokratie gab sich danach 1890 in Halle ein neues Organisationsstatut und nahm den Namen "Sozialdemokratische Partei Deutschlands" an. Im nächsten Jahr, auf dem Erfurter Parteitag, gab sie sich ein neues Programm.

1889 hatten sich die sozialistischen Parteien der europäischen Länder in Paris zur Sozialistischen Internationale vereinigt.

Fortsetzung nächste Ausgabe: Anfang der Sozialistischen Internationale

(Fortsetzung von Seite 1)

Ihr Demokratieverständnis ist anscheinend gleichbedeutend mit einer bequemen Dauersitz im Rathaus. Sobald die Partei ihnen nicht mehr die Privilegien eines Bürgermeisterpostens bietet - kehren sie ihr den Rücken.

Nach klarer Tat es der ehemalige Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Stienen aus Krefeld. Nachdem er bei der Aufstellung des neuen Bundestagskandidaten für die Wahl 76 den Ex-Juso-Vorsitzenden Volkmar Kretkowski unterlegen war, entdeckte er plötzlich "Herbesetzungen" durch einen "marxistisch-indoktrinierten Teil" der örtlichen Partei.

Er ist nämlich zum 13.12.76 aus der SPD ausgetreten, genau dem Tag, als sein Bundestagsmandat oblied. Solange er als "Volksvertreter" in Bonn bequem sitzen konnte, war die Welt noch in Ordnung. Wenn die Krefelder Partei jedoch demokratisch einen anderen auswählt, der sie in Bonn vertreten soll, dann geht es wohl zu weit?

»neue« politische Heimat

Stienen hat inzwischen eine "neue" politische Heimat gefunden. Anfang Dezember 76 traf er sich in Keitwig mit Mitgliedern der Fritz-Erler-Gesellschaft zur Gründung einer neuen politischen Gruppierung, des "Fördervereins sozialer Demokraten".

Hauptinitiator dieses Vereins ist der Braunschweiger Oberstadtdirektor Weber, der selbst kurz zuvor aus der SPD ausget-



tritten war und wenige Wochen vor der Wahl in einem vertraulichen Brief an Strauß erklärt hatte, daß rund 1000 Mitglieder der Gesellschaft, zu der viele SPD-Bürgermeister, Stadträte und Parteifunktionäre gehören, nicht mehr SPD wählen würden. In diesem Brief hatte Weber auch eindringlich vor der "Sozialismusgefahr" gewarnt und Strauß aufgefordert, in diesem Sinne noch offensiver aufzutreten.

Weber gab vor der Presse stolz an, an seinem "Förderverein" gäbe es "Hunderte von Interessenten auch unter SPD-Mitgliedern und SPD-Abgeordneten im ganzen Bundesgebiet" (FAZ 14.12.76). Willy Brandt hat wohl recht, wenn er von einem "Förderverein" von, durch und für Strauß" spricht, aber so einfach kann er die Sache damit doch nicht abtun.

Unterwanderer von rechts

München, Krefeld und Braunschweig sind nämlich keine Einzelfälle, sondern nur die Spitze des Eisbergs. Es ist offensichtlich, daß die SPD in den letzten Jahrzehnten zum Schauplatz einer Unterwanderung durch Herrschaften geworden ist, die schlicht und einfach Karriere machen wollen. Dies sind Leute, denen es nicht um die Tradition der Arbeiterbewegung, sondern nur um persönliche Privilegien geht. Leute, die ebenbürtig, d.h. noch besser, in der CDU oder CSU aufgehoben werden. Der ehemalige Wirtschaftsminister Karl Schiller und der ehemalige Juso-Bundesvorsitzende (1965 bis 1967) Günther Müller haben bereits 1972 die Konsequenzen gezogen, als die Parteibasis in ihren Wahlkreisen sie nicht mehr aufstellen wollte. Müller sitzt heute als CSU-Hinterbänkler im Bundestag.

Von dieser Sorte gibt es wahrscheinlich noch Hunderte, wenn nicht Tausende, die sich mit einer SPD-Mitgliedschaft tarnen, es aber im Moment noch nicht für angebracht halten, offen hervorzutreten. ... Nach sitzen sie in ihren Sesseln in Parlamenten und Staatsbürokratie.

Aber die hysterischen Worte der Webers, Gittels und Stienens über eine marxistische und konsequent sozialistische Partei lassen doch darauf schließen, daß die einfachen Funktionäre und Parteimitglieder - denn schließlich sind sie es doch, die in Wahlkämpfen und auch sonst immer die Drecksarbeit erledigen - sich immer weniger bieten lassen, von rechten Karriereisten beherrscht zu werden.

Perspektiven

Je mehr sich in den kommenden Monaten und ein, zwei Jahren die Bundesregierung noch weiter vom Großkapital erpressen lassen wird, desto mehr wird sich die Stimmung unter der Parteimitgliedschaft ändern. Die aktiven Mitglieder, die der Partei beigetreten sind, um für die Interessen der Arbeiter, Angestellten, Rentner und Jugendlichen zu kämpfen, werden dann dafür sorgen, daß nur diejenigen in Amt und Mandat gewählt werden, die sich auch wirklich für die Belange der Basis einsetzen.

H.-G. ÜFINGER
(SPD-Ortsverein Remscheid-Nord)

SOZIALISMUS IST INTERNATIONAL

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Auf der Konferenz der Sozialistischen Internationale in Genf vor einigen Wochen kam es zu Auseinandersetzungen um einen Antrag, der das offensichtliche Versagen des internationalen Kapitalismus feststellt und einschneidende Maßnahmen zum Aufbau einer neuen Weltwirtschaftsordnung auf sozialistischer Grundlage fordert.

Der Antrag, der außer diesen zentralen Kernpunkten recht schwammig und perspektivlos war und keine Konsequenzen für eine sozialistische Strategie enthielt, wurde von der Konferenz mit großer Mehrheit angenommen. Doch nicht einmal hinter diese sehr allgemein gehaltene Kapitalismuskritik und die pauschale Forderung nach Sozialismus mochte sich die deutsche Sektion der Internationale, also die SPD, stellen.

Weltwirtschaft

Besonders Helmut Schmidt nahm diesen Antrag zum Anlaß, sich unmißverständlich von dererlei Bestrebungen zu distanzieren und die kapitalistische Weltwirtschaftsordnung engagiert zu verteidigen.

Selbst den dort versammelten sozialdemokratischen Ministerpräsidenten - sicherlich in ihren Staaten, in denen sie in Regierungsverantwortung stehen, nicht des übermäßigen Radikalismus verdächtig - ging dieser verbale Kraftakt Schmidts zu weit. Bruno Kreisky, der sozialdemokratische Kanzler Österreichs, empörte sich: "Ist der denn überhaupt noch ein Sozialist?" (Wobei sich allerdings die Frage stellt, warum Kreisky selbst die komfortable SPÖ-Mehrheit in Österreich nicht zur Durchsetzung sozialistischer Maßnahmen nutzt.)

Bruno Friedrich, außenpolitischer Sprecher der SPD, erklärte am 30.11.76 gegenüber dem Westdeutschen Rundfunk, daß die SPD diese Resolution "nicht als verbindlich" anerkenne und sie lediglich als "Tendenzpapier" betrachte!

Bruno Friedrich antwortete demgegenüber auf die Frage des WDR nach

dem praktischen Nutzen der Internationale, daß hier am Rande der Tagungen "Gespräche zwischen Regierungschefs ohne den harten Regierungsauftrag" stattfinden könnten.

Welcher Auftrag?

Was meint

Friedrich mit "hartem Regierungsauftrag?" Welchen Regierungsauftrag haben denn sozialdemokratische Regierungschefs, wenn nicht den, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung in ihren Staaten zu vertreten und konkrete, ernsthafte Schritte zum Sozialismus durchzusetzen? Woher sonst beziehen sozialdemokratische Regierungschefs ihren Auftrag, wenn nicht von den Parteien, durch die sie aufgestellt werden und deren höchstes Organ eben die Sozialistische Internationale ist?

Internationalismus

Eine solche Haltung ist ein Schlag ins Gesicht eines jeden Internationalisten! Wenn die Sozialistische Internationale der "Zusammenschluß aller Parteien des demokratischen Sozialismus" ist, wie Friedrich selbst sagt, dann muß selbstverständlich ihr Ziel das Erreichen des demokratischen Sozialismus auf internationaler Ebene sein;

und eine wichtige Voraussetzung dafür ist natürlich der Aufbau einer Weltwirtschaftsordnung auf sozialistischer Grundlage. Hier ist jede Sektion der Internationale gefordert, in ihrem Land das in ihrer Macht Stehende zu tun, um dieses Ziel zu erreichen. Nichts anderes kann eigentlich für einen Sozialisten Sinn und Zweck einer Internationale sein.

Bei den Tagungen der Internationale ist von diesem Geist des Internationalismus allerdings nicht mehr viel zu spüren. Nichts erinnert mehr an die frühen Jahre dieses Zusammenschlusses, als die Ausarbeitung von Inhalten einer gemeinsamen sozialistischen Strategie, internationale Koordinierung der Kämpfe der Arbeiterbewegung, Erfahrungsaustausch, gegenseitige konstruktive Kritik auf der Tagesordnung standen.



Krise

Angesichts der heutigen weltweiten Situation entbehrt die Haltung der SPD-Führung auf der Tagung jeder Grundlage. Das Versagen des internationalen Kapitalismus wird doch durch nichts deutlicher dokumentiert, als durch die jüngste internationale Wirtschaftskrise mit Millionenheeren von Arbeitslosen, hohen Inflationsraten, immensen Verschuldungen vieler westlicher Staaten, Handelsbilanzdefiziten, Währungsverfall, Angriffen auf den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung.

Auf dem Hintergrund der zur Zeit zwar leicht abflauenden, aber keineswegs gelösten Krise (weitere, tiefere Rezessionen werden folgen) tritt die Frage nach einer alternativen, sozialistischen Weltwirtschaftsordnung in aller Schärfe hervor. Hier kann letztlich auch kein Land mit "seiner" Krise selbst fertig werden, wie Helmut Schmidt dies mahnend vorschlägt, sondern hier sind aufgrund der wirtschaftlichen Verflechtung der Staaten und der zunehmenden Internationalisierung des Kapitals nur Lösungen auf internationaler Ebene dauerhaft.

Der Kapitalismus ist international, also muß es der Sozialismus auch sein. Und wenn auch die Ansatzpunkte zum Kampf für eine sozialistische Weltwirtschaftsordnung im nationalen Bereich liegen, so muß doch der Inhalt dieses Kampfes international sein.

Angela Bänkert
(Mitglied Juso-Vorstand Remscheid)

VORAN

BFZ
ESSEN

UNTERSTÜTZT DIE UMSCHÜLER!

Zweihundertfünfzig Umschüler aus dem Berufsförderungszentrum (BFZ) in Essen zogen am 2. Dezember durch die Straßen der Ruhrmetropole im Protest gegen die Ausbildungsbedingungen. Am Tage zuvor hatten sie in einer Vollversammlung aller BFZ-Umschüler mit fast 70%iger Mehrheit einen eintägigen Warnstreik beschlossen, um ihren Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen. Die Umschüler in Essen sind besonders Problemen ausgesetzt: das Essener BFZ wurde vor fünf Jahren als "Modell" konzipiert - das einzige "modellhafte" daran ist allerdings nur eine Verkürzung der bundesüblichen Umschulungszeit von 24 auf 16 Monate. Die Auswirkungen sind verheerend: Die wahre Durchfallquote wird offiziell verschwiegen; nur die Umschüler, die das Ausleseverfahren bestehen und damit zur Abschlußprüfung gelangen, werden gezahlt. Bei dieser Hetzjagd bleiben zwischen 30 und 50% der Schüler auf der Strecke! Pädagogen, die dieses "Modell" rechtfertigen wollten, müssen eingestehen, daß es in Wirklichkeit ein mit Steuergeldern unterstützter Rückschritt auf dem 2. BILDUNGSWEG ist. Träger des BFZ sind: Bund, Land Nordrhein-Westfalen, die Bundesanstalt für Arbeit (BfA), die Stadt Essen, die Arbeitgeberverbände, DGB usw. Das Stimmrecht orientiert sich an der Höhe der Investitionsmittel. Deshalb hat die BfA die meisten Stimmen. Der Präsident der BfA, Josef Stingl, gab sich aber nicht nur mit der Verkürzung der Ausbildungszeit zufrieden.

Kürzung des Unterhaltgeldes

Am 1.1.76 wurde das Arbeitsförderungsgesetz (AFG) dahingehend abgeändert, nicht nur einen verschärften Auslesemaßstab anzulegen, wer umgeschult werden darf, sondern auch daß die Ausbildung jederzeit abgebrochen werden kann, wenn "der Erfolg gefährdet" ist. Außerdem soll am Lebensunter-

halt der Umschüler gespart werden. Die BfA und die Arbeitsämter behaupten in ihren Broschüren, daß verheiratete Umschüler 80%, alleinstehende 68% vom letzten Nettogehalt an Unterhaltsgeld (UHG) zustehen. Die Wirklichkeit sieht aber meist ganz anders aus. Nach § 44 des AFG ist das UHG um ca. 10 - 15% und z.T. weit mehr gekürzt worden. Wenn ein Junggeselle als Arbeitnehmer 400 DM die Woche bekommt, so bekommt er als Umschüler etwa 180 DM die Woche.

Keine Mitbestimmung

"Im BFZ Essen gibt es so gut wie keine Mitbestimmung" sagte ein Umschüler VORAN! "Wichtig ist, ob wir am Ausbildungsprogramm mitsprechen und mitentscheiden können. Und noch wichtiger ob wir von Erneuerungen in Kenntnis gesetzt werden und dazu unsere Meinungen sagen dürfen. Es war z.B. im Metallbereich eine Gruppe, die wurde ein halbes, ein dreiviertel Jahr auf ein System gedrillt, und dann zwei Monate vor der Prüfung erfuhren sie von einem neuen Prüfungssystem. Die Lehrer hatten nicht einmal alle Unterlagen dafür; aber die Geschäftsleitung hat mehrere Monate vorher gewußt, daß ein neues System eingeführt werden sollte. Du wirst grundsätzlich übergangen. Das sind alles Punkte, die wir in der nächsten Zukunft klären müssen."

Unzulängliche Unterkunft

Nachdem das Unterhaltsgeld für viele Umschüler gekürzt wurde, beschloß die Geschäftsführung des BFZ in Essen, die über ein großes Internatsgebäude verfügt, künftig verheirateten Umschülern bei der Zimmervergabe Priorität zu gewähren. Junggesellen, denen im Sommer versprochen wurde, im Internat des BFZ wohnen zu dürfen, erhielten bei ihrer Ankunft in Essen die Nachricht, sie sollten ins Hotel gehen - natür-

lichlich auf eigene Kosten. Und das, obwohl Dutzende von Zimmern leerstanden und leerstehen! Der Trägerverein verhält sich wie eine kapitalistische Firma.

Diese Behandlung der Junggesellen war der Auslöser für die Aktion im Dezember. Eine Vollversammlung wurde am 22.11.76 einberufen, um den Vorfall zu diskutieren. Da aber nur eine Minderheit direkt betroffen war, wurde eine Resolution ausgebreitet, die alle Umschüler ansprechen sollte. Zu der Forderung nach Aufnahme der Junggesellen ins Internat kamen noch folgende Forderungen hinzu:

- Einheitlicher Kostenersatz von 150.-DM monatlich
- Kostenlose Verpflegung und Unterkunft im Internat bei UHG unter 600,- monatlich
- Verlängerung der Ausbildungszeit auf 24 Monate

Diese Entscheidung wurde der Vollversammlung am 1.12.76 vorgelegt und mit überwältigender Mehrheit angenommen.

"Nicht Gnade sondern Recht"

Als Begründung stand u.a. in der Entschliebung: "Nicht Ausbildung vom Arbeitsmarkt abgestoßener Lohnabhängigen ist der Zweck des BFZ, sondern Auslese nach den Bedürfnissen der Industrie bei einem Minimum am Kosten... Wir haben die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung bezahlt. Während den Unternehmen Milliarden an Lohnzuschüssen, Krediten und Beihilfen ausgezahlt werden, werden den versicherten Lohnabhängigen immer höhere Belastungen zugemutet. Wir sind verantwortlich dafür, wenn wir arbeitslos geworden sind, unsere Gesundheit ruiniert und wir umschulen müssen. Wir betrachten die Umschulung daher nicht als Gnade, sondern als Recht."

In der Woche zuvor hatte die Vollversammlung beschlossen, alle Träger des BFZ zu einer Podiumsdiskussion einzuladen. Die IHK, die Stadt Essen, das Arbeitsamt und die BfA, SPD, CDU und FDP und die Kirchen ignorierten die Einladung. Es erschienen lediglich der DGB und der Geschäftsführer des BFZ. Rund 250 der 350 Anwesenden beschlossen empört einen eintägigen Warnstreik. Am Nachmittag zog ihre Demonstration durch die Stadt zum Rathaus (der Bürgermeister war "nicht da") und zum Arbeitsamt, wo der Direktor sich weigerte, mit den Umschülern zu sprechen. stattdessen die Polizei kommen ließ, um sich vor den ehemaligen Beitragszahlern zu schützen!

Nach dem Streik wandten sich Vertreter der BFZ-ler u.a. an den DGB die

SPD und die Jusos. SPD-Bundestgs-abgeordneter Peter Reuschenbach ließ wissen, er habe "erst im Januar" einen Termin frei! Der Juso-Unterbezirk dagegen sprach eine volle Solidarität aus, versprach, künftige Aktionen der BFZ-ler zu unterstützen, bot materielle Hilfe an und versicherte ihnen, sich für ihre Forderungen in der SPD einzusetzen.

Umschüler Wilfried Kuhn sagte VORAN!, sie erhofften von Jusos, Gewerkschaften und GW-Jugend materielle Hilfe bei neuen Aktionen, und vor allem die Weitergabe von Informationen über die Zustände beim BFZ in ihren Versammlungen und ihrer Presse, um andere zu informieren, zu warnen und zur Solidarität zu bewegen. "Wir verlangen", erklärte er, "eine Ausbildung, die uns ermöglicht nach der Ausbildungszeit in der Industrie unterzukommen. Die SPD soll überprüfen, wer hier gedient werden soll: den Unternehmern, oder uns, die jahrelang unsere Arbeitslosenbeiträge bezahlt haben?"

Solidarität

VORAN! fordert alle Teile der Arbeiterbewegung auf, zunächst Solidaritätsanträge mit den Essener BFZ'lern zu verabschieden, aber auch:

- Kontakt mit den BFZ-Umschülern in ihrer Gegend aufzunehmen, mit ihnen über ihre Probleme zu diskutieren und ihnen bei der Entwicklung von Widerstand gegen die Kürzungen und "Sparmaßnahmen" zu helfen.
- Anträge in ihren Gewerkschaftsgruppen und SPD-Ortsvereinen vorzubringen, die die Parteiführung unter Druck setzen sollen, die Abänderung des Arbeitsförderungsgesetzes rückgängig zu machen.

VORAN! hat immer betont, daß die krisenhafte kapitalistische Wirtschafts-"ordnung" immer wieder versucht, die Kosten ihrer Krise auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen, und daß die Arbeiterbewegung die Pflicht hat, alle Betroffene gegen solche Angriffe zu schützen. Es kann nicht die Rolle der SPD sein, die Angriffe der Kapitalistenklasse auf die Arbeiter als Gesetz im Parlament zu beschließen, sondern sie muß die breite Bewegung von der Notwendigkeit einer Überwindung des Kapitalismus überzeugen und sie in ihren Kämpfen voll unterstützen! Solidarität mit den BFZ-Umschülern! Sofortige Rücknahme des neuen AFG! Bändert die Macht der Großkonzerne! Das Recht auf Weiterbildung und Umschulung ohne Lohnverlust!

JUSOS BRAUCHEN EIN LEHRLINGS- UND SCHÜLERPROGRAMM

Die Stimmung unter den Schülern und Lehrlingen wird immer schlechter. Nicht nur die Angst vor der Arbeitslosigkeit, sondern auch der Alltag in Schule und Betrieb macht ihnen schwer zu schaffen. Immer rücksichtsloser zwingt die Notenmaschine die Schüler zum sturen Pauken.

Die Kürzung der staatlichen Ausbildungsförderung, Lehrmittelfreiheit und der Schulwegkostenerstattung treffen vor allem die Kinder der Arbeiter und Angestellten, deren Eltern in den letzten Jahren durch Inflation, "konjunkturgerechte" Lohnabschlüsse und Steuerprogressionen ein sinkendes Realeinkommen hinnehmen mußten. Wer nicht durch den Wunsch, sich in der Freizeit zu erholen, von der politischen Arbeit abgehalten wird, für den hat man noch einige Mittel bereit. Diese reichen von einfachen Verweisen und Schülerzeitungszensur über Schulentlassungen bis zur Drohung mit Berufsverbot.

Inden Betrieben versucht man, die einzuschüchtern, die sich aktiv für die Interessen ihrer Kollegen einsetzen. Auch als Studenten werden die Arbeiterkinder durch unzureichende staatliche Ausbildungsförderung benachteiligt. Da dazu noch ein Teil der Ausbildungsförderung als Darlehen gegeben wird, stehen Studenten, die nach dem Studium arbeitslos sind, mit einem Berg von Schulden da.

Kampfprogramm

Es ist eine vordringliche Aufgabe der Jungsozialisten, ein Programm zu erarbeiten, das den Lehrlingen und Schülern einen echten Ausweg aus dieser Sackgasse aufzeigt. Die Jusos müssen jetzt zeigen, daß sie die Organisation sind, die die Interessen der Jugend am entschlossensten vertritt, sonst werden viele jugendliche unpolitisch bleiben.

Sie müssen jetzt ein Kampfprogramm ausarbeiten, daß klar die tag täglichen Probleme der Jugendlichen anspricht. Es muß für jeden verständlich gemacht werden, die wahren Ursachen aufzeigen und klarmachen,

daß sie im jetzigen kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem liegen und nicht nur ein Produkt, der Bösartigkeit der Bürokraten und der Unternehmer sind. Der Staat kann im Kapitalismus die Interessen der Jugend nicht befriedigen. Zu einem, weil er sowieso nicht genügend Geld hat (Ausfall von Steuereinnahmen, Investitionszuschüsse an die Unternehmer) und zur Zeit sogar noch Haushaltskürzungen hinnehmen muß. Zum anderen werden das Kapital und seine Parteien, CDU/CSU und FDP, nicht zulassen, daß es in ihrem Machtbereich eine Erziehung gibt, die an den Bedürfnissen der Schüler ausgerichtet ist. Die Schüler sollen nur das Wissen haben, das sie zur Ausübung brauchen.

Ein Kampfprogramm der Jusos muß zeigen, daß der Sozialismus auf der Basis einer verstaatlichten und demokratisch geplanten Wirtschaft die Forderung der jugendlichen wirklichen kann und nicht, bei der nächsten Krise erreichte Erfolge wieder zurück nehmen muß.

* Der Zweck solcher Diskussionen muß es sein, manche Illusionen über den Kapitalismus, den die Mitschüler haben, zu beseitigen und sie für die Ideen des Sozialismus zu gewinnen. Eine breite Bewegung der Lehrlinge und Schüler, die ihre ganze Kraft für die Verwirklichung der Forderungen einsetzt, kann zusammen mit der in SPD und Gewerkschaften organisierten Arbeiterbewegung den Sozialismus verwirklichen.

Der Sozialistische Schülerbund der Münchner Jusos erarbeitet zur Zeit ein Schülerprogramm, das an dem in diesem Artikel beschriebenen Grundsätzen ausgerichtet ist. Interessierte Kollegen und Geossen können sich an folgende Adresse wenden:

Alfred Lang
Mettingstr.3
8000 München 19

Norbert Freundl
Südbayrischer Vertreter in der Juso-Bundeskommision Schülerarbeit

SPENDET FÜR VORAN!

Nachdem die neue Bundesregierung gebildet worden ist, erwarten Arbeiter, Angestellte, Hausfrauen, Rentner und Jugendliche nun endlich grundlegende Reformen, um für immer den Spuk der Krise, Arbeitslosigkeit, Inflation zu vertreiben. Die Regierungserklärung von Helmut Schmidt jedoch hat unsere Gesichter noch länger werden lassen. VORAN! ist der Ansicht, daß gerade in Zeiten wie der jetzigen, wo die Angriffe auf die arbeitende Bevölkerung und die Kämpfe gegen die Lohnkürzungen und Sparmaßnahmen heftiger werden, eine marxistische Zeitung in der deutschen Arbeiterbewegung notwendiger denn je ist. Eine Zeitung, die über aktuelle Fragen von SPD, Jusos und Gewerkschaften berichtet, die kompromißlos die Interessen der arbeitenden Bevölkerung unterstützt, einen Ausweg aufzeigt und über Hintergründe, Ursachen und Geschichte informiert.

VORAN! muß, um dieser schwierigen Aufgabe in den nächsten Jahren voll gerecht zu werden, vor allem auch finanziell auf einer festen Grundlage stehen. Wir leben nicht von Überweisungen irgendwelcher "staatsbürgerlicher" Vereinigungen, ebenso wenig von Staatsgeldern.



Wir sind angewiesen auf Spenden unserer Leser und Anhänger. DARUM HABEN WIR ENDE 1976 EINEN KAMPFFONDS EINGERICHTET.

Bereits im Dezember sind etliche Spenden und Erlöse von originellen Sammelideen eingeflossen. Jeder Pfennig zählt und ist ein wichtiger Beitrag, denn wir haben in der nahen Zukunft einige Anschaffungen zu machen: Lay-out-Tische, neue und bessere Schreibmaschine, Fotoapparat, Bürogeräte, Aufbau eines übersichtlichen Archivs. Wir werden ab jetzt regelmäßig unsere Leser über die Anschaffungen informieren. 1976 versuchten die Unternehmer, die Lasten ihrer Krise auf die Arbeiter abzuwälzen und sie zum "Opfern" zu bringen. Gerade weil VORAN! sich immer energisch gegen solche Angriffe gewehrt hat, ist ein Opfer für VORAN! - so schwer es sicher auch vielen fallen mag, ein Mosaikstein im Kampf gegen die "Opfer"-politik der Unternehmer.

Postscheckkonto Angela Bankert,
Postscheckamt Essen,
Kontonummer 242250432

ABONNIERT VORAN

ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN

und habe DM 7.- auf das Postscheckkonto H.G. Öfinger, Postscheckamt Essen, Nr. 170-20-433 überwiesen. (Abopreis für 6 Ausgaben)

ICH MÖCHTE WEITERES INFORMATIONSMATERIAL

Name: _____

Adresse: _____

Redaktion "Vorán" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75